Nr. 20 — Halle a. S., Dienstag den 24. Januar 1905. — 16. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Versammlungs-, Gewerkschaftsanzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. — Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Bei Väterchen zu Hause.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist das Ende des selbstherrlichen Zarismus nahe. Mit einer Leidenschaftlichkeit, die durch das ihr beigemengte Moment patriarchalisch-religiöser Ergebenheit nur noch verzehrender und ansteckender wirkt, sind weite Kreise des Volkes in lichte Empörung geraten.

Die Narren und Verbrecher in der russischen Regierung, welche vermeinten, das jahrhundertlange Knutenregiment habe für immer dem Volke das Gefühl für Menschenwürde und Menschenrecht ausgetrieben, stehen jetzt vor einer Tatsache, an der alle ihre Rezeptchen zu schanden werden. Aus einem kleinen Flämmchen, das nicht der Rede wert schien, ist die helle Revolution emporgelodert und hat zur Stunde schon Hunderttausende ergriffen.

Die Putilowschen Fabriken bei Petersburg, ein Riesenunternehmen mit 13 000 Arbeitern, hatten vier Arbeitern gekündigt. Die Kameraden nahmen an, es liege eine Maßregelung vor wegen Zugehörigkeit der vier Entlassenen zum Arbeiterverein des Geistlichen Grapon. Die Arbeiter verlangten Wiedereinstellung ihrer Kameraden und Entlassung des schuldigen Meisters. Der Direktor lehnte ab. Da erschienen am nächsten Tage vor ihm 34 Delegierte der Arbeiter, an ihrer Spitze der Geistliche Grapon, und überreichten zwölf Forderungen. Die wichtigsten waren:

Einführung des Achtstundentags,
Wahl eines ständigen Arbeiterausschusses,
Einfluß desselben auf Löhne und Entlassungen,
Mindestlohn von 1 Rubel (2.20 Mk.) für Männer,
Mindestlohn von 70 Kopeken (1.50 Mk.) für Frauen,
Abschaffung oder doppelte Bezahlung für Ueberstunden,
Besserung der sanitären Verhältnisse.

Der Direktor erklärte, er könne nicht eigenmächtig über die Forderungen entscheiden, das müsse der Generalversammlung der Aktionäre, die in Monatsfrist stattfinde, vorbehalten bleiben. Natürlich gingen die Arbeiter nicht auf diesen Leim sondern legten Mann für Mann die Arbeit nieder.

Das war am vorigen Mittwoch. Mit einer Schnelligkeit, die unbegreiflich wäre, wenn nicht eben der Zündstoff überall aufgespeichert läge und nur des Funkens harrte, verbreitete sich der Streik auf andere Unternehmungen.

Am Freitag abend lagen in Petersburg bereits **174 Fabriken mit 96000 Arbeitern still.** Auch die Buch- und Zeitungs-Druckereien sind in der Nacht zum Sonnabend sämtlich zum Stillstand gelangt, zum Teil dadurch, daß streikende Arbeiter eindrangen, die Treibriemen der Maschinen zerschnitten, Türen und Fenster zertrümmerten und so die Einstellung der Arbeit erzwangen. Nur ein deutsches Blatt und ein Depeschenauszug des amtlichen Regierungsboten konnten am Sonnabend erscheinen.

Am Sonnabend sind dann sämtliche Fabriken und Industrie-Etablissements im Umkreise von 18 Kilometer um Petersburg zum Stillstand gelangt. Das ganze gewerbliche und geschäftliche Leben der Zarenresidenz an der Newa war am Sonnabend unterbrochen. Unter den anderthalb Millionen Einwohnern von Petersburg mögen sich 200000 Arbeiter befinden. Sie dürften bis auf einen geringen Bruchteil seit Sonnabend sämtlich ausständig sein. Und zwar handelt es sich nicht in erster Linie um einen wirtschaftlichen Streik sondern um eine politische Demonstration, wie sie in diesem Umfange und in dieser Art noch nie im Zarenreiche möglich war.

Der schon erwähnte Geistliche Grapon ist vorerst in den Mittelpunkt der Bewegung gerückt, ohne daß er das beabsichtigt hat. Georgij Grapon ist ein orthodoxer Pope, ein Bauernsohn aus der Gegend von Poltawa. Er hat die Priesterweihen genommen, um den Arbeitern besser dienen zu können. Er genießt das unbeschränkte Vertrauen der Arbeiter. Als Geistlicher des Gefängnisses, in dem die nach Sibirien Verbannten vor ihrem Transport untergebracht werden, kennt er die Leiden, die Verzweiflung, die Rechtlosigkeit des Volkes. Seine glühende Seele haucht er durch seine Reden den Arbeitern ein. Er gründete einen Arbeiterverein, der die Genehmigung der Regierung fand. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren deshalb gegen Grapon und seinen Verein mit Mißtrauen erfüllt, denn bittere Erfahrung hat die Arbeiter gelehrt, daß von der Polizei genehmigte Vereine der Spitzelwirtschaft dienen sollen. Jetzt ist das Mißtrauen gegen Grapon geschwunden.

In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung stellte Grapon vorige Woche ein allgemeines politisches Programm auf. Er fordert:

Gleiche Gerichtsbarkeit,
persönliche Freiheit,
Glaubensfreiheit,
sofortige Amnestie für alle Verbrecher,
Preßfreiheit,
sofortige Beendigung des Krieges.

Die Forderungen fanden im Nu die Unterschriften von 50 000 Arbeitern. Außerdem wurde folgender erschütternde Notschrei der Massen dem Zaren übersendet:

„Wir Arbeiter, Bewohner Petersburgs, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven und erstickt von Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt. Alles ist nach Meinung der Fabrikanten ungesetzlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. Jeder, welcher wagte von dem Schutze der Interessen des Arbeiterstandes zu sprechen, wurde ins Gefängnis geworfen. **Der gesamte Arbeiter- und Bauernstand wurde der Willkür überlassen.** Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an Staatsgeldern. **Das Beamtentum brachte das Land in gänzliche Zerrüttung,** bürdete ihm schimpflichen Krieg auf und führt Rußland immer mehr an den Rand des Unterganges. Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. Alles dies widerspricht menschlichem und göttlichem Recht. **Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiterleben.** Mögen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und Beamten leben. Kaiser, hilf Deinem Volke. Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und dem Volke! Möge das Volk vereint mit Dir regieren. Aus uns spricht nicht Dreistigkeit, sondern der Wunsch, aus einer uns allen unerträglichen Lage herauszukommen. Eine Volksvertretung ist unentbehrlich; es ist notwendig, daß das Volk selbst mitregiert; befiehl, daß die Vertreter aller Stände und Klassen, auch der Arbeiter, berufen werden. Dies ist unsere Hauptbitte; wir haben aber auch noch andere."

Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die sich hauptsächlich auf die verzweiflungsvolle Lage der Arbeiter beziehen und schließt:

„Befiehl die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Rußland glücklich, wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: **Freiheit und Glück oder das Grab; wir bringen gern unser Leben Rußland zum Opfer dar.**"

Wie wir schon am Sonnabend berichteten, war beschlossen worden, diese Petition am gestrigen Sonntag dem Zaren vor dem Winterpalais mittags persönlich zu überreichen. Selbst wenn das Militär Befehl erhalte, die Demonstranten niederzukanonen, werde man sich nicht abhalten lassen, den Zaren zu veranlassen, Auge in Auge mit dem Volke zu verhandeln.

Am Sonnabend abend wurde in Petersburg zum Zwecke der Beschwichtigung das Gerücht verbreitet, der Zar wolle Sonntag mittag eine Deputation von Arbeitern empfangen. Trotzdem zogen von Sonntag früh 8 Uhr an ununterbrochen Arbeitertrupps aus allen Richtungen nach dem großen Platze vor dem Winterpalais. Hier waren ganze Regimenter Infanterie, Kavallerie und Artillerie, auch vier von Narwa herbeigeholte Regimenter mit scharfer Munition aufgestellt. Der Pope Grapon hatte am Sonnabend den Ausweisungsbefehl erhalten, und der Metropolit Antonius hat den großen Bann über ihn verhängt. Trotzdem erschien er Sonntag mittag mit einer ungeheuren Arbeitermenge vor dem Zarenpalast. Die Truppen gaben mehrere Salven ab. Welche Folgen dieselben gehabt haben, darüber lassen die vorliegenden Depeschen im unklaren. Es wird nur berichtet, zahlreiche Arbeiter seien ver

Im Ruhrrevier streiken über 240000 Bergarbeiter.

18] (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Theodore Cahn und Louis Forest.
Deutsch von Suzanne Braeutigam-Romane.

V.

Der Herbst mit seinen grauen Tagen, mit seinem wolkenschweren Himmel ließ eines nach dem andern von den gelben Blättern zur Erde fallen. Die Störche des Elsasses waren schon seit einiger Zeit, früher als sonst, weggezogen. Sie hatten frühzeitig Kälte gewittert. Man war schon auf den ersten Schnee gefaßt.

Stockmann ging auf dem Kleberplatze in Straßburg auf und ab. Neben ihm hinkte ein kleiner, dickbäuchiger Mann einher, dessen melancholischer Blick einen scharfen Gegensatz zu dem übrigen Gesicht bildete. Es war leicht zu erkennen, daß sein gewöhnlicher Ausdruck gutmütig und lächelnd erschien. Trotz der augenblicklichen Traurigkeit blickte noch etwas von der gewohnten Schalkhaftigkeit aus den Augen. Sie konnten nicht so leicht sich ändern; sie wollten nicht weinen.

Trotzdem hatte Edmund Hagenauer, der Tuchhändler, dessen Laden an den von Stockmann grenzte, einen schweren Kummer.

Die beiden Männer gingen mit bekümmerter Miene hin und her.

„Stockmann, Sie können sich gar nicht vorstellen, wie sehr Ihr Weggang mich betrübt", sagte Edmund Hagenauer zögernd, als fürchte er, das beiderseitige Schweigen zu unterbrechen. „Wir sind so alte Freunde!"

„Leider", antwortete Stockmann, „kann ich wegen meines Sohnes nicht anders handeln. Lolo ist eben zehn Jahre alt geworden. . . ."

„Aber woher dieser beinahe plötzliche Entschluß? Bevor Sie nach Ihren Besitzungen reisten, hatten Sie nicht die Absicht, Straßburg zu verlassen und den Gang in die Verbannung anzutreten."

Stockmann machte eine unschlüssige Gebärde und sagte:

„Die elsässischen Bauern haben mich den wahren Patriotismus gelehrt. Die armen Kerle! Welche Opfer erdulden sie für ihre große, ihre schöne Ueberzeugung! Sie haben mich meine Pflicht verstehen lernen . . . meine dringendste Pflicht. Ich verlasse mein liebes Straßburg, ich ziehe nach Metz, damit mein Sohn ordentlich Französisch lerne. Alle Welt spricht hier den elsässischen Dialekt oder Deutsch. Und trotz meiner Drohungen, trotz meiner Strafen macht es Lolo wie die anderen. In Lothringen wird der Junge mit Kameraden umgehen, die nur französisch verstehen. Vor dem Kriege maßen wir unserer Sprache keinerlei Bedeutung bei, und wir wußten trotz unserer deutschen Sprechweise echt französische Gedanken in unseren Worten auszudrücken. Jetzt ist das ein anderes Ding. Unsere Pflicht ist es, unsere Kinder genau so zu erziehen wie jenseits der Grenze, damit man sie da drüben nicht eines Tages für Fremde hält."

„Wäre es in diesem Falle nicht besser, wenn Sie Ihren Sohn in ein französisches Lyceum täten, zum Beispiel in Nancy . . . oder in das Gymnasium von Lunéville?"

„Er ist noch zu jung. Aber ach! Metz ist nur eine Uebergangsstation. In drei Jahren werde ich ihn in Frankreich unterrichten lassen müssen. Und später . . . wenn meine Töchter verheiratet sein werden, in Frankreich verheiratet, dann werde ich vielleicht den entscheidenden Schritt tun, der mich auf immer von meinem alten elsässischen Heimatslande trennt. Ich werde mein Geschäft, meine Ländereien verkaufen. Dann wird die Reihe an mir sein, auszuwandern wie so viele andere. Wird das Leben uns erträglich sein in diesem unglücklichen Lande, wo es von Kindern der Preußen wimmeln wird, und wo es den unsrigen, die wir in Frankreich erziehen lassen, verboten sein wird, uns zu umarmen? Obgleich ich in Metz ein Geschäft habe, welches blüht, obgleich ich dort allgemein gekannt und geachtet bin, — wird diese Stadt doch nur die erste Station auf meinem Leidensweg vorstellen. Sie haben's gesagt, lieber Freund, das ist jetzt der Anfang des Marsches in die Verbannung. . . . Das Herz bricht mir, wenn ich denke, daß ich dieses Straßburg meiden muß, wo ich so viel Freunde zurücklasse, so viele Erinnerungen, und an das mich so viele Interessen und so viele meiner liebsten Gewohnheiten knüpfen! . . . Welches Unglück haben sie über uns gebracht!" fügte er hinzu, indem er auf zwei vorübergehende preußische Offiziere zeigte.

„Ohne Frage," antwortete Hagenauer, der durch irgend eine Wendung die Unterredung beenden wollte, die seinen alten Freund bis zu Tränen rührte. „Morgen früh wollen Sie abreisen?"

„Ja. Die letzten Möbel werden jetzt eingepackt."

„Nun, Sie essen heute abend bei uns. Meine Frau hat schon die Ihre benachrichtigt. Es ist abgemacht! Vorher haben wir noch Zeit, einen Schoppen zu trinken. Eine neue Wirtschaft ist eröffnet worden, wo das Bier sehr gut sein soll. Sie heißt, glaube ich: „Zum Spatenbräu."

Die beiden Elsässer begaben sich nach dem neuen Lokal. Aber wie sie die Tür aufmachten, sahen sie einige zwanzig in Rauchwolken eingehüllte Offiziere, Magistratsbeamte und eingewanderte Professoren, die ihre Würstchen verzehrten und die von großen, blonden Kellnerinnen herbeigetragenen Biertrüge an die Lippen setzten. Die beiden verstanden sich, ohne ein Wort zu sagen, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen, und sie traten nicht in diese Wirtschaft ein, wo so viele deutsche Kehlen gelabt wurden.

Sie entfernten sich wie von einem verrufenen Ort, und im gegenseitigen Einvernehmen wandten sie sich langsam zur „Taverne Alsacienne". Da riskierte man nicht, die schwarzen Offiziersmäntel wieder zu sehen, oder sich den hinter goldenen Brillen hervorschießenden feindlichen Blicken der aus Berlin nach Straßburg versetzten Verwaltungs-Beamten auszusetzen. Hier in dieser Wirtschaft, wohin die Deutschen nicht kamen, und welche sie verächtlich als „Protestlerlokal" bezeichneten, konnte man ruhig plaudern und auch nach seinem Belieben über das Elend der Zeiten schimpfen.

Vor seinem Schoppen, an demselben Platze, wo er von Jahr zu Jahr abends seine Pfeife geraucht hatte, fühlte Stockmann vor Erregung ein wahres Zittern. Freundes-Hände streckten sich nach ihm aus. Freundesstimmen, die betrübt klangen, wünschten ihm gute Reise, viel Glück. Er konnte seine Bewegung nicht beherrschen. Kaum hatte er sich gesetzt, so erhob er sich rasch und sehr erregt wieder, und er verabschiedete sich von seinem Freunde unter dem Vorwande, daß er noch eine Zusammenkunft vergessen hätte. In Wirklichkeit floh er so schnell, um seine Tränen nicht sehen zu lassen. Als er allein auf der Straße war, ging er zunächst gerade aus, kam denselben Weg wieder zurück und kehrte dann von neuem um, ohne Zweck und Ziel. Fast ohne es zu merken, befand er sich auf dem Kleberplatz, überschritt dann den „Eisernen-Mann-Platz", ging die Illstaden entlang und fuhr fort, durch die Stadt zu irren.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0001

wundet in Polizeidroschken nach dem Krankenhause gebracht und Grapon sei nebst zwei anderen Popen verhaftet worden.

Die russische Depeschen-Zensur hat anscheinend dafür gesorgt, daß die Außenwelt nichts von den neuesten Zärtlichkeiten des Zaren gegen sein liebes Volk erfährt.

Flinten und Kanonen für das bittende Volk. Das ist Väterchens Weisheit. Kein Zweifel: Noch hält das russische Volk, oder wenigstens ein großer Teil desselben, an dem Wahne fest, es lasse sich ein erträgliches Verhältnis mit dem Zaren schaffen. Ein wenig Entgegenkommen, und das vertrauensselige Volk würde Freudentränen vergießen und sich für Väterchen totschießen lassen. Hinterher könnte man nach holder Gewohnheit das Volk ja immer wieder betrügen, und die Gefahr wäre vorerst gebannt gewesen. Doch so sehr mit Blindheit geschlagen sind infolge ihres Schuldbewußtseins die Machthaber, daß sie nicht einmal erkennen, was die einfachste Klugheit ihnen eingeben müßte.

So mag das Verderben seinen Gang gehen. — Als die Arbeiter vorigen Freitag ihre Forderungen berieten, debattierten sie auch darüber, ob sie die Erfüllung derselben erbitten oder verlangen sollten. Sie entschieden sich für die Bitte. Seit gestern werden sie wissen, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen ist. - Schon hat die Streikrevolution auf andre Städte Rußlands sich ausgedehnt. Maxim Gorki hat den Streikenden 400 Rubel gesendet. In Moskau, Libau, Riga und anderwärts wächst die Gärung. Im Kaukasus, wo der Petroleumkönig und Milliardär Nobel sein Schreckensregiment führt, sollen bereits 100 Bohrtürme der Petroleumgruben bei Baku in Brand gesetzt worden sein. Die Entscheidung naht. In wilden Zuckungen will sich eine neue Welt gebären. Möge es dem russischen Volke gelingen, die Welt von der Schmach des zarischen Knutenregiments zu befreien und sich selbst Licht, Luft und ein Menschendasein zu erringen.

Das alte Gemäuer des Klassenstaates kracht in allen Fugen, nicht in Rußland allein. Mögen die Arbeiter ihres Kulturwerkes gewachsen sein.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. Januar 1905.

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die Beratung der Interpellation unserer Partei über den großen Bergarbeiterstreik fort, nachdem eine konservative Interpellation, die sich neugierig nach den Handelsverträgen erkundigt, nach einer Erklärung des Grafen Posadowsky auf die nächste Woche verschoben worden war. — Das Resultat dieses Tages war die Verurteilung des Kohlensyndikats und der Grubenbarone durch die große Mehrheit des Reichstages und eine weitere Abschwenkung des Handelsministers Möller von der Syndikatsseite. Mit Ausnahme des nationalliberalen Herrn Beumer, der als Generalsekretär des Vereins mit dem langen Namen naturgemäß die Rolle des advocatus diaboli, des Teufels — will sagen des Syndikatsanwalts zu spielen hatte, mit der nicht schwerwiegenden Ausnahme dieses Herren nahmen alle Redner, die am Sonnabend zu Worte kamen, gegen das Syndikat Stellung. Selbst der alte Kardorff hielt nicht die erwartete Scharfmacherrede; auch er fand mindestens im Punkte der Zechenstillegung einen sanften Tadel gegen jene wirtschaftliche Oligarchie, die Rheinland-Westfalen unter das Joch ihres Willens — und ihres Profits zwingen will. Und diesem nahezu einmütigen Verdikt des Reichstages über die Tyrannen der Kohlenreviere mußte sich auch Herr Möller beugen; er rückte noch einen Schritt weiter ab vom Syndikat, als am Freitag; er fand bisweilen Worte, wie sie der während der ganzen Sitzung schweigsam neben ihm sitzende einzige ernsthafte Sozialpolitiker der Regierung, Graf Posadowsky, hätte sprechen können.

Im einzelnen verlief die Beratung folgendermaßen: Herr Dr. Beumer behandelte den Riesenstreit zwischen Kapital und Arbeit etwa vom Standpunkte eines gerissenen Anwalts für Bagatellsachen, nörgelte an Einzelheiten herum, suchte die Zechenverwaltungen von allen Anklagen rein zu waschen — und lieferte dabei neues Material zu den furchtbaren Anklagen, die die Arbeiterschaft des schwarzen Reviers einmütig erhebt. Hr. Beumer gesteht zu, daß Prügelstrafen im Bergbau vorkommen; er rechnet es den Zechenbeamten gar als besondere Humanität an, wenn sie Prügel statt Geldstrafen über ihre „Untergebenen" verhängen!

Genosse Molkenbuhr hatte es leicht, mit den Sophistereien dieses Anwalts des Kapitals fertig zu werden. Fast noch leichter ward es ihm, den höchsten Beamten des Reiches abzutun, der jetzt im Palais an der Wilhelmstraße nachzuholen scheint, was er im hochragenden Palazzo Caffarelli auf dem kapitolinischen Hügel versäumt hat: durch die eifrige Lektüre des ergreifenden Romanes Eugen Richters von der Sparagnes und der Strampelannie sich für die sozialen Probleme unserer Zeit vorzubereiten. Die Ausführungen Molkenbuhrs, auf reichhaltiges Material gestützt und mit sonorer Stimme vorgetragen, machten ersichtlich auf das ganze Haus sowie auf die dichtbesetzten Tribünen einen tiefen Eindruck.

Nach Molkenbuhr nahm Herr Pohl, volksparteilicher Abgeordneter von Liegnitz, aber in Gleiwitz im oberschlesischen Kohlenrevier ansässig, das Wort. Wir wollen es dem oberschlesischen Partikularismus des Herrn zu gute halten, daß er die bergbaulichen Verhältnisse dort oben an der Oder gar günstig darstellte; in der Beurteilung des großen Streiks an der Ruhr ging er so weit in der Arbeiterfreundlichkeit, wie ein Trabant Eugens überhaupt gehen kann. Auf das schärfste tadelte er den provozierenden Hochmut der Zechenverwaltungen, auf das nachdrücklichste forderte er eine gesetzliche Vertretung der Bergarbeiterschaft, eine gesetzliche Verpflichtung, vor den staatlichen Einigungsorganen zu erscheinen. — Herr v. Kardorffs kurze Rede erwähnten wir schon. — Abg. Stöcker bestätigte vollauf alle Beschwerden der Bergarbeiter; seine Rede, obwohl durch weinerliche Tiraden über Kontraktbruch und durch reaktionäre Mätzchen getrübt, atmete ein soziales Verständnis, von dem die Normann und Konsorten noch sehr viel lernen können. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung, selbst ein früherer hoher Bergbeamter, trat mit großer Wärme für die Forderungen der Bergarbeiter ein, deren Berechtigung aus voller Sachkenntnis heraus er im einzelnen nachwies. — Den Schluß des Tages bildete die schon erwähnte Rede des Handelsministers. Hoffen wir, daß der Appell an die westfälischen Grubenbarone von Erfolg begleitet ist und hoffen wir, daß die sozialpolitischen Gesetze — Anerkennung der Berufsvereine, Einführung von Arbeitskammern — die der Minister in Aussicht stellte, bald das parlamentarische Licht erblicken mögen!

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurde am Sonnabend die Hiberniavorlage in zweiter Lesung beraten und unverändert angenommen. Nur die Vertreter der beiden freisinnigen Parteien, die Abg. Cassel und Münsterberg, erklärten sich gegen die Vorlage, während die übrigen Redner sämtlich ihre Zustimmung äußerten. Die nationalliberale Partei ist gespalten, aber nur ein kleiner Teil ist gegen die Vorlage. Bemerkenswert war eine Rede des Abg. Oeser, der zwar Hospitant der Freisinnigen Volkspartei ist, sich aber in der Auffassung über den Wert und die Tendenz der Hiberniavorlage von seinen Parteifreunden trennte. Herr Oeser sprach sich für die Vorlage aus, weil sie doch einen Schritt auf dem Wege bedeute, Einfluß auf das Kohlensyndikat zu gewinnen. Er zeigte das gemeingefährlich werdende Treiben des Syndikats in heller Beleuchtung, und seine Folgerung, daß die Regierung durch Eintritt in das Syndikat diesem Treiben ein Ziel setzen müsse, war überzeugend. Gegen die Art, wie seitens des Handelsministers die Verstaatlichung der Hibernia in die Wege geleitet worden ist, hat auch Herr Oeser Bedenken, aber er stellte diese Bedenken hinter den Gedanken, das Kohlensyndikat zu bekämpfen, zurück.

Außerdem wurde noch ein Antrag Rewoldt, der die Regierung zur Bereitstellung von Mitteln für durch die letzte Sturmflut an der Ostküste Geschädigten auffordert, einstimmig angenommen.

Am Montag kommt die Hiberniavorlage zur dritten Lesung, außerdem beginnt die zweite Lesung des Etats mit dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Wo der „Mangel an Gesetzlichkeitssinn" zu suchen ist.

Unter den deutschen Burschenschaftern war bisher ein Wehklagen, daß sie oben nicht so gut in Ansehen ständen wie die Korps. Wahrscheinlich um sich an gehöriger Stelle ein besseres Renommee zu verschaffen, haben die Herren dieser Tage auf dem außerordentlichen Burschentag in Berlin folgende neuen Bestimmungen in ihre Zweikampfregeln aufgenommen:

Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Burschenschaft nimmt jede Pistolenforderung vorbehaltlich des Burschenschafter Ehrenrates an. Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Burschenschaft darf auf Pistolen selbst fordern nur: 1. im Falle schwerer Familienbeleidigung, falls Genugtuung auf andere Waffen nicht erreicht werden kann; 2. im Falle körperlicher Unfähigkeit eines Teiles, die blanke Waffe zu führen; 3. im Falle, daß ein Kontrahent mit einer durch das Blut übertragbaren Krankheit behaftet ist. Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Burschenschaft ist verpflichtet, vor Austragung einer Pistolenforderung mit einem Nichtburschenschafter seinen Ehrenhandel einem Ehrenrat alter Burschenschafter vorzulegen und diesem die Entscheidung anheimzugeben, ob es ihm erlaubt wird, den Ehrenhandel mit Pistolen auszutragen, ohne aus der Deutschen Burschenschaft auszuscheiden. Der Ehrenrat ist gehalten, auch für den Fall, daß der Burschenschafter der Geforderte ist, sich an die Bestimmungen des § 9a zu halten, wenn nicht die zwingendsten Gründe vorliegen, davon abzugehen. Zur Feststellung der körperlichen Unfähigkeit, die blanke Waffe zu führen, ist auf Verlangen des Ehrenrates das Zeugnis eines approbierten Arztes beizubringen. Diejenigen aktiven und inaktiven Mitglieder der Deutschen Burschenschaft, welche einem militärischen Ehrengericht unterstehen, werden von den vorstehenden Bestimmungen nicht betroffen.

Die Ordnungspresse hat sich in diesen Tagen dadurch die Zeit vertrieben, daß sie gemeinsam mit dem preußischen Minister über den Kontraktbruch und den Mangel an Gesetzlichkeitssinn bei den Bergarbeitern jammerte. Ueber die Verhöhnung des Gesetzes, die in der Annahme der hier abgedruckten Bestimmungen dreist zu Tage tritt, war bisher ebensowenig ein Tadel zu vernehmen, wie über den Kontraktbruch der Gruben-Barone. Wohl deswegen nicht, weil die akademischen und kapitalistischen Gesetze wichtiger ge[illegible] Ordnungsstützen sind.

Diesen Hinweis wollen wir keinesfalls so gedeutet wissen, als ob uns ein Mitleid mit den Opfern anwandelte, die der Pistolenkomment künftig fordert. Wem sein Leben so wenig wertvoll erscheint, daß er es der Pistole eines beliebigen Raufboldes preisgibt, der mag sich ruhig in ein besseres Jenseits befördern lassen. Das Vaterland und die Menschheit hat nichts an ihm verloren.

Momentbilder von der südwestafrikanischen Menschenjagd.

Aus den Feldpostbriefen eines südwestafrikanischen Offiziers werden in der Rhein.-Westf. Ztg. Stellen veroffentlicht. Eine derselben lautet:

„Unserer Kompagnie war die Aufgabe zugefallen, die in der Linie Okosonduso-Otjimbinde liegenden Wasserstellen zu besetzen und gegen die etwa zurückflutenden Hereros zu verteidigen. So kam ich nach Otupava, einer guten Wasserstelle. Wir lagen dort 2 Offiziere und 24 Mann und hatten noch zwei nördlicher gelegene Wasserstellen durch Patrouillen im Auge zu behalten. Hier geschah es, daß ich an einem Morgen beim Pürschgange statt eines Bockes einen Herero zur Strecke brachte. Noch an demselben Tage hatten wir ein kleines, aber heftiges Patrouillengefecht. Die Patrouillen nach den erwähnten Wasserstellen ritten Leutnant Kl. und ich abwechselnd je nach den von unserem Wacht-Termitenhügel sichtbaren Feuern der hier massenhaft umherschweifenden Hereros. Es waren dies jedoch weniger sogenannte Orlogleute, sondern mehr Feldhereros, die meist keine Gewehre hatten, und von den eigentlichen Hereros als Viehtreiber und Dienende benutzt wurden. Diese hatten vielfach die Gelegenheit benutzt, ihren Herren zu entlaufen. Wir können aber keinen Unterschied machen."

Auch dieser Brief zeugt wieder von der „Humanität" unserer südwestafrikanischen Kriegsführung! Wehrlose werden skrupellos niedergemacht, ganz gleich, ob es sich um Orlogleute, das heißt Krieger, oder um wehrlose Viehtreiber handelt. An einer anderen Stelle beweist der Offizier, der hier mit einer Brutalität ohnegleichen von dem Niederknallen wehrloser Leute spricht, doch noch ein wenig Menschlichkeit. Er erzählt:

„An einem anderen Morgen griff ich auf der Frühpürsche einen kleinen Herero auf. Ich nahm ihn mit mir und habe den kleinen Mann zu meinem Leibpagen ernannt. Er tut mir schon allerlei kleine Handreichungen und weiß genau mit meinen Sachen Bescheid. „Fritz" hat große Intelligenz und einen gewaltigen Respekt vor mir. Viel Vergnügen machen mir die täglichen Unterrichtsstunden, in denen ich ihm durch Zeigen von Gegenständen Deutsch beibringe. Er paßt sehr genau auf und lernt vorzüglich. Natürlich haben wir dabei und auch sonst viel Spaß mit dem kleinen schwarzen Gesellen. Wenn ich ihm ein Stückchen Zucker oder dergleichen reiche, guckt er mich mit seinen blanken Kinderaugen so rührend glücklich an, daß mir ordentlich immer warm ums Herz wird. Wenn sonst nichts dazwischen kommt, soll es mir eine schöne Aufgabe sein, dieses schwarze Menschenkind der Gesittung und dem Christentum zuzuführen."

Der Vorwärts stellt hierzu die Frage: Ob es dem Briefschreiber niemals zum Bewußtsein gekommen ist, daß Tausende solcher kleinen „schwarzen Gesellen" mit „blanken Kinderaugen", die so „rührend" blicken können, dadurch dem qualvollen Tode des Verschmachtens ausgeliefert worden sind, daß man nach der Trothaschen Strategie Monate hindurch nach der militärischen Unterwerfung der Hereros systematisch keinen Pardon gab, sondern die zu den Lagerfeuern unserer Truppen kommenden Weiber und Kinder erbarmungslos wieder in die Wüste hinaustrieb?!

Vom „Block der Linken", einer Vereinigung aller liberalen Elemente unter Ausschluß aller Neigungen zur Sozialdemokratie, wird jetzt wieder eifrig geredet. Dieses Gerede macht sich besonders gut in einer Zeit, da der Erzbischof von Köln Geld für die Streikenden gibt, Stöcker zu gunsten der Arbeiter redet, das Zentrum seine beiden einzigen proletarischen Vertreter ins Gefecht schickt, während der Nationalliberalismus in glänzender Isolierung die skrupellosen Vertreter des Bergbauvereins im Namen der Fraktion reden läßt. Der berühmte Block der Linken besteht nicht aus Granit, sondern aus — Ruhrkohle!

Eugen Richters Befinden ist andauernd ein schlechtes, so daß an eine parlamentarische Tätigkeit des Freisinn-Führers in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Auch eine Petition. In einer dem preußischen Abgeordnetenhause überreichten Petition fordert ein Herr Piesta aus Charlottenburg wieder Erlaß eines gesetzlichen Verbotes gegen das Erscheinen der sozialdemokratischen Zeitung Vorwärts. — Es gibt genug Leute, denen die Erfüllung dieses Wunsches recht angenehm wäre.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Königsberg der Schriftsetzer Schlicht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Schlicht war von einem Lithographen, der mit ihm zusammen arbeitet, denunziert worden. Die Verhandlung war entgegen dem Antrage des Staatsanwalts öffentlich.

Der Dreschgraf ist kein Majestätsbeleidiger. Wie der Berliner Volkszeitung gemeldet wird, ist die Potsdamer Polizeibehörde nach Prüfung des Wortlautes der letzten vom Grafen Pückler in Potsdam gehaltenen Rede zu der Ansicht gelangt, daß in der Rede keine Majestätsbeleidigung enthalten ist. Die Staatsanwaltschaft hat daher auch keine Veranlassung genommen, deswegen gegen den Grafen Pückler einzuschreiten.

Wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Sachsen ist auch gegen den verantwortlichen Redakteur des Sächsischen Volksblattes in Zwickau, Genossen Ernst Schubert, ein Verfahren eingeleitet worden. Die angebliche Beleidigung soll in einem Artikel enthalten sein, der von dem Weihnachtsbesuche der Gräfin Montignoso in Dresden handelte.

Die Kretschman-Briefe vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Geschäftsführers der Mainzer Volkszeitung, Genossen Döller, der wegen Veröffentlichung von Abschnitten aus Briefen des Generals Kretschman, durch die sich zwei Offiziere beleidigt fühlten, am 26. September 1904 vom Landgericht Mainz zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war.

Vom polnischen Kriegsschauplatze. Von der Strafkammer in Posen wurde der Redakteur der polnischen Zeitung Dziennik Kujawski in Inowrazlaw, oder wie es jetzt heißen muß, in Hohensalza, wegen Beleidigung eines Regierungsrates zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: Gestorben der Reiter Nägele. Auf Posten von einem Zivilisten verwundet Reiter Gondrik.

Von militärischen Uebungen befreit hat der Bezirksfeldwebel Mittelstädt diejenigen Personen, die ihm entsprechende Geldgeschenke machten. Er wurde deshalb vom Kriegsgerichte in Stettin zu 18 Monaten Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Ausland.

Ungarn. Wahlvorbereitungen der Regierung. In alle Wahlbezirke, in denen die Regierung Unruhen befürchtet, sind Militärverstärkungen abgesandt worden. Bei den bisherigen Wahltumulten hat es 5 Tote und 112 Verwundete gegeben.

Frankreich. Die Bildung des neuen Kabinetts ist vom Präsidenten Loubet Rouvier überwiesen worden. Das Ministerium wird sich voraussichtlich heute konstituieren.

— Zur Syveton-Affäre. Die belgische Justizbehörde hat beschlossen, der französischen weder die Dokumente des Syvetonschen Geldschrankes, noch deren Befundliste auszuliefern, weil sie ausschließlich politischer Natur und für die Untersuchung der Todesart Syvetons völlig wertlos sind. Die Behörde hat im Gegenteil verfügt, daß die Papiere der Eigentümerin zurückzuerstatten sind.

Spanien. Eine Amnestie ist vom König erlassen worden. Ueber die Einzelheiten fehlen noch nähere Nachrichten.

Rußland. Das Attentat auf den Zaren. Offiziös wird gemeldet: Die beiden Batterien, welche die verhängnisvollen Salutschüsse abgefeuert haben, werden nach dem Kriegsschauplatze abgehen. Die Untersuchung wird eingestellt, da angeblich ein Kanonier gestanden haben soll, aus Versehen die Kartätsche in das Geschütz gebracht zu haben.

Die russischen Offiziösen machen sich mit ihren Vertuschungsversuchen mehr und mehr lächerlich. Freilich muß es ihnen höchst peinlich sein, zuzugeben, daß der allmächtige Zar selbst vor seinen eigenen Soldaten nicht mehr sicher ist. In Wirklichkeit glaubt aber kein Mensch mehr an ein „Versehen".

Der Krieg in Ostasien.

Der mit Lorbeeren allzu reichlich überschüttete General Stessel sucht sich jetzt gegen die Angriffe zu verteidigen, die sich von allen Seiten gegen ihn erheben. So meldet die Morning Post aus Shanghai:

General Stessel erklärte, als Port Arthur kapitulierte, sei es höchstens noch fünf Tage verteidigungsfähig gewesen. Die Russen hätten keine genügenden Geschütze gehabt, um die Angriffe abzuweisen; auch seien ihnen nur fünf Granaten für jedes große Geschütz geblieben. Die von den Japanern vorgefundenen Granaten seien meist für kleines Kaliber gewesen. Bei der Zurückweisung der einzelnen japanischen Angriffe seien oft mehr als eine Million Patronen verschossen worden. Die Pferde hätten kaum zum Transport der Geschütze genügt.

Die Ausrede wird dem General angesichts der Angaben der Japaner über das in Port Arthur erbeutete Kriegsmaterial wenig nützen.

Saar und Ruhr.

An demselben Sonnabend, an dem der preußische Handelsminister im Reichstage zugeben mußte, daß die öffentliche Meinung fast geschlossen gegen die Arbeitgeber des Ruhrreviers stehe, hat das Reichsgericht in Leipzig einen Prozeß verhandelt, der im Juni des vorigen Jahres die öffentliche Meinung in hohem Grade gegen die Arbeitgeber des Saarreviers erregt hat. Es handelte sich um die Revision, die der Bergmann Krämer gegen seine Verurteilung wegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0002

Beleidigung der fiskalischen Bergverwaltung eingelegt hat. Krämer hatte in zwei von ihm verfaßten Flugblättern dem staatlichen Bergverwaltungssystem Entrechtung der Arbeiter und Zahlung von Löhnen vorgeworfen, die zu den erzielten Ueberschüssen in keinem Verhältnis stünden. Dafür haben ihn die Richter von Saarbrücken wegen Beleidigung resp. Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl die von ihm zitierte Statistik amtlich und einwandfrei richtig ist.

Die reichsgerichtliche Verhandlung vom Sonnabend gewann nun ein besonderes Interesse durch eine Debatte, die sich zwischen dem Verteidiger Wolfgang Heine und dem Reichsanwalt entspann. Heine legte mit großer sachlicher Schärfe dar, daß sich die Saarbrückener Richter in einem Rechtsirrtum befunden hätten, indem sie die von Krämer gegeißelten Zustände für rechtmäßig begründet hielten. Das Saarbrückener Gericht hätte anerkannt, daß Arbeiter wegen ihrer politischen Betätigung von der Verwaltung gemaßregelt worden seien. Solchen Maßregelungen stände das Gesetz zwar nicht entgegen, wenn sie von Privaten vorgenommen würden, erfolgten sie aber durch Staatsbeamte als Ausfluß amtlicher Befugnisse, so sei das ein Mißbrauch der Amtsgewalt, eine Verletzung der Staatsverfassung und des Vereinsgesetzes.

Dagegen erklärte der Reichsanwalt mit schöner Offenherzigkeit: Es sei kein Mißbrauch, sondern vielmehr ein richtiger Gebrauch der Amtsgewalt, wenn die staatliche Bergverwaltung keine Sozialdemokraten dulde.

Wenn dieser Grundsatz die reichsgerichtliche Sanktion erhält, — die Urteilsverkündigung erfolgt erst am 2. Februar — dann wird es Sache der Saarbergleute sein, den Kampf um die volle Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit aller Entschiedenheit aufzunehmen. Ist einmal reichsgerichtlich festgelegt, daß das, was die große französische Revolution als die Menschenrechte bezeichnet hat, durch kapitalistisches Privatrecht beseitigt werden kann, dann müssen eben die Arbeiter solche „privatrechtlichen" Beziehungen zum Arbeitgeber Staat anstreben, daß ihnen ihr Staatsbürgerrecht „privatrechtlich" sichergestellt wird. Das heißt, wofern sie überhaupt um ihre Menschenwürde Sorge tragen, müssen sie jede politische Maßregelung mit dem allgemeinen Ausstand beantworten, und nicht eher wieder in die Schächte zurückkehren, als bis ihnen zugesichert wird, daß in Zukunft alle Maßregelungen aus politischen Gründen unterbleiben würden.

Die Saarbergleute mögen heute noch nicht so weit sein, aber daß sie der Staat mit Gewalt auf diesen Weg treibt, ist für jeden einsichtigen Beobachter, möge er welcher Partei immer angehören, vollkommen klar. Und wenn es einmal so weit kommt, so wird der preußische Handelsminister es vielleicht nicht öffentlich sagen, aber doch heimlich anerkennen müssen, daß dann wieder die ganze öffentliche Meinung auf Seite der Arbeiter stehen wird.

Wenn jetzt amtliche Kommissionen die Zustände im Ruhrrevier untersuchen, so ist das schön und recht. Besser freilich wäre es, diese Untersuchung wäre schon früher erfolgt. Vielleicht zieht die preußische Staatsregierung aus den Vorgängen, die sich jetzt abspielen, die Lehre, daß vorbedacht immer besser als nachbedacht ist. Vielleicht ist sie vorsichtig genug, auch die Zustände, die im staatlichen Bergbau bestehen, einer eindringlichen Untersuchung zu unterziehen. Wäre der preußische Staat heute von Männern geleitet, die außerhalb der kapitalistischen Klüngelpolitik stehen, so würde er die günstige Gelegenheit, die ihm der Streik im Ruhrrevier bietet, wohl besser wahrzunehmen wissen.

Man denke einen Augenblick, so schwer es einem auch werden mag, sich das vorzustellen, Preußen wäre ein demokratisch organisiertes Staatswesen, in dem sich der Einfluß einer klassenbewußten Arbeiterpolitik fühlbar zu machen begönne. Ein Teil der Kohlengruben wäre schon, wie das ja heute schon wirklich der Fall ist, in den Händen des Staates. Diese Kohlengruben wären, was sie ja heute leider nicht sind, wirkliche Musterinstitute: keine kapitalistischen Unternehmen mehr, die mit der menschlichen Arbeitskraft Raubbau treiben, sondern wirtschaftliche Organismen, die keinen anderen Zweck haben, als das Verhältnis von Konsum und Produktion zum allgemeinen Besten zu regeln. Und dieser staatlichen Musterverwaltung stünden die Zustände der kapitalistischen Werke im Ruhrrevier gegenüber. Ist es nicht klar, daß ein solcher Staat mit solchen Unternehmern kurzen Prozeß machen, sich in den Besitz der Gruben setzen, und so mit Hilfe der Arbeiterschaft seine Machtmittel unermeßlich vermehren könnte?

Jetzt aber vermißt sich der preußische Staat, den Richter in einer Sache zu spielen, in der er selber schuldig ist. Mit seinem amtlichen Kommissionsbesen kehrt er vor fremden Türen, während vor seiner eigenen der Mist zu Haufen liegt.

Das Zukunftsbildchen, das wir entworfen haben, wird ihn freilich nicht locken. Aber vielleicht erschrickt er vor der Größe der Gefahr, die sich für ihn im Ruhrstreik als ein Spiegelbild der eigenen Zukunft zeigt. Auf den staatlichen Werken herrscht Ruhe, aber die Ruhe eines Kirchhofes. Wahren Frieden wird es auf ihnen erst geben, wenn das dort herrschende System der Ausbeutung und Entrechtung beseitigt sein wird. So lange aber der Staat bei niedrig gehaltenen Löhnen und kolossalen Unfallziffern riesenhafte Ueberschüsse herauswirtschaftet, so lange er durch privatrechtliche Hungerdiktatur die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, ihre Meinungs-, Vereins-, Versammlungs-, Wahlfreiheit, aufhebt, kann es keinen Frieden geben, sondern nur Krieg. Heute an der Ruhr! Morgen an der Saar! Und schließlich muß es doch anders werden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Polizei und Streikposten.** In Köln wurden dieser Tage vor dem Schöffengericht an einem einzigen Vormittage fünfundsiebzehn Prozesse gegen Streikende verhandelt. Fünfzehn wurden freigesprochen, weil sie Streikposten gestanden hatten und kein Einschreiten der Polizei berechtigt war. Das Gericht erkannte, die Polizei habe sich nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden. — Die letzten beiden Angeklagten waren zwei Holzarbeiter, die bei dem Streik in der Ehrenfelder Waggonfabrik Posten gestanden hatten. In den vorigen Fällen hatte es nur des Winkes der Unternehmer bedurft, um die Polizei gegen Staatsbürger mobil zu machen, die ruhig und gesetzmäßig um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften. In diesen beiden Fällen aber genügte dazu — es wäre unglaublich, wenn es nicht der Polizeikommissar Streichert zeugeneidlich bekundet hätte! — die anonyme Beschwerde eines Denunzianten. Der Polizeikommissar sagte aus: Ich habe zuerst nichts gegen die Streikposten unternommen, da sich niemand beschwerte. Da lief bei dem Kölner Polizeipräsidium eine anonyme Beschwerde ein, **worauf ich von dem Polizeipräsidium zu eingehendem Bericht aufgefordert wurde.** Ich ging zur Waggonfabrik, und der Direktor sagte mir, es seien Leute, die nichts mit dem Streik zu tun hatten, angehalten und gefragt worden, ob sie Stellmacher oder Schreiner seien (Schrecklich!), so auch Fabrikbeamte u. s. w. Ich sagte zu dem Direktor: „Warum haben Sie mich nicht sofort benachrichtigt?" Dieser Zeuge und die beiden als Zeugen auftretenden Schutzleute haben von Belästigungen und Bedrohungen nichts wahrgenommen. Trotzdem verurteilte das Gericht die beiden Arbeiter zu je 10 M. Geldstrafe: Die Polizei habe sich hier in berechtigter Ausübung ihres Amtes befunden; nachdem einmal die anonyme Anzeige eingelaufen sei (!!!) und nachdem sich Fabrikbeamte über Belästigungen beschwert hätten, sei die Polizei zu ihren Anordnungen auf Grund der Straßenpolizei-Verordnung berechtigt gewesen, und die Angeklagten hätten der Aufforderung zum Verlassen der Straße Folge leisten müssen.

§ **Genosse Vorhölzer,** Gauleiter des Metallarbeiter-Verbandes, wurde in Rottweil zu 25 M. verurteilt, wegen Beleidigung des Werkführers Reuer in Schwenningen; dem Redakteur Sauerbeck von der Schwäb. Tagwacht wurden aus demselben Grunde 15 M. Strafe zudiktiert. Daß der Werkführer erwachsene Arbeiter durchgeprügelt hatte, wurde erwiesen, daß er mit einem Fabrikmädchen geschlechtlich verkehrt habe, konnte dagegen nicht erwiesen werden, doch nahm das Gericht an, der Werkführer erscheine der Tat „stark verdächtig".

§ **Die Oberpostdirektion Königsberg** fühlte sich beleidigt durch eine Notiz im Volksblatt für Harburg. Genosse Krille wurde deshalb zu 100 M. Strafe verurteilt. Ein weiteres Verfahren schwebt gegen Krille, weil er durch Schilderung der sittlichen Zustände in der Armee „unzüchtige Schriften" verbreitet haben soll. Der Artikel entstammte einem bürgerlichen Blatte; die Erfurter Tribüne ist in derselben Sache freigesprochen worden.

§ **Genosse Thienst** von der Nordd. Volksstimme wurde wegen Beleidigung eines Lehrers zu 200 M. Strafe verurteilt, in einer zweiten Klagesache dagegen (Beleidigung eines Kriminalbeamten in Geestemünde) freigesprochen.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Das Organ der Grubenbesitzer macht sich auch gestern das Vergnügen, eine Abnahme der Streikenden um 247 Mann auszurechnen. Aus der detaillierten Zusammenstellung der auf den einzelnen Gruben Angefahrenen ergibt sich jedoch, daß von den reichlich 194000 Bergleuten unter Tage nur 19200 angefahren sein sollen, während von den rund 50000 Bergleuten über Tage etwa noch 27000 tätig seien. Die Bergleute über Tage haben für die eigentliche Produktion keine Bedeutung. Außerdem ist die Zahl viel zu hoch angegeben. Es ist einfach nicht wahr, daß so viele Bergleute noch arbeiten, wiewohl selbst bei dieser Zahl die Produktion nicht aufrecht erhalten werden könnte.

Das Riesenheer der Streikenden hält trotz aller Provokationen vollkommene Ruhe aufrecht. An Provokationen aller Art fehlt es nicht. So ist in verschiedenen Orten den aus den Streikenden entnommenen Ordnern ihre Tätigkeit untersagt worden. Bei Courl wurden ruhig heimkehrende Bergleute ohne jeden Anlaß von einem Zechenbeamten mit Revolverschüssen attackiert. Einer der Bergleute wurde schwer verwundet.

In Gelsenkirchen und Schalke fanden am Sonnabend große Versammlungen der christlichen Bergarbeiter statt. Als die Redner sagten, der Kampf könne sehr lange dauern, stimmten die Tausende begeistert zu. Obwohl in Gelsenkirchen nicht die geringste Ausschreitung seitens der Streikenden vorgekommen ist, ließ der Bürgermeister in 15 Zentimeter hohen Buchstaben die schweren Strafen für Aufruhr usw. anschlagen. Er stützte sich dabei auf eine Kabinettsordre vom 29. September des Jahres **1846**.

In Essen treffen mit jedem Zuge zahlreiche Gendarmen und Polizisten von auswärts ein, die nichts zu tun haben.

Aus Berlin sind 4 Polizeileutnants, 9 Wachtmeister und 121 Schutzleute nach dem Streikgebiete entsandt worden.

In Essen ist die Antwort des Kohlensyndikats an die Aerzte der Knappschaftskassen bekannt geworden. Die Aerzte hatten eine Erhöhung der Honorare verlangt. Die brüsk ablehnende Antwort des Syndikats ist ebenso verletzend und von Herrendünkel diktiert wie die Antwort an die Bergarbeiter.

Die böhmischen Bergleute haben die Unterstützung der westfälischen Kameraden beschlossen.

In Belgien wird in den Kohlengruben mit äußerster Anstrengung produziert.

Die offiziös durch Wolffs Depeschen-Bureau aus dem Streikgebiete verbreiteten Schauermärchen über angebliche Ausschreitungen Streikender haben sich bisher samt und sonders als volle Lügen oder als lächerliche Uebertreibungen ganz belangloser Vorkommnisse herausgestellt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 20. Januar.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Comte.

Freigesprochen von der Anklage der Körperverletzung usw. wurden die Dreher Oswald Gaoler, Emil Martini und Gustav Grupe. Sie sollten in der Nacht zum 20. Aug. in den Pulverweiden den Hausdiener Max Steinweg bedroht, verletzt und auch andere Personen tätlich angegriffen haben. Der zur Anklage stehende Vorgang hatte sich nach einer längeren Kneiperei der Angeklagten gelegentlich eines Spazierganges abgespielt. Am Freibad war es zu Differenzen gekommen. Die Beweisaufnahme gab keine volle Klarheit für die Schuld der Angeklagten. Es lag ein non liquet vor und mußte die Freisprechung erfolgen.

Erhebliche Strafen wegen Rückfall-Diebstahls erhielten die verehel. Berta Lerm und der Arbeiter Karl Heine aus Gräfenhainichen. Sie haben im Sommer 1903 einen Kasten mit Kleidungsstücken und im Frühjahr 1904 einen Tragkorb voll Kleidungsstücke entwendet. Die Lerm wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Heine zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Halle, 21. Januar.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Zacke; Ankläger: Staatsanwalt Schlütter.

Freigesprochen von der Anklage der Untreue und der Unterschlagung wurde der Tischlermeister Gustav Naue von hier. Er hatte ein Haus gebaut, für welches Schlossermeister Schöbe die Schlosser-Arbeiten lieferte. Um nun Schöbes Forderungen erfüllen zu können, hatte er diesem Mietsforderungen zediert, die Mieten aber nachträglich einkassiert. Nach der Beweiserhebung lag aber kein Strafvergehen, sondern nur ein Zivilanspruch vor.

Eigentumsvergehen. Der Pferdeknecht Fritz Woditzky von Paupitzsch entwendete bei dem Dr. Herold in Delitzsch, bei dem er früher in Stellung gewesen, ein Tesching und wurde deshalb zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Schmied Max Schmidt von hier, soll am 30. August der Witwe Stoff hier, 104 Mk. entwendet haben. Da aber ein Hauptzeuge fehlte, mußte die Sache vertagt werden.

Gemeindezeitung.

Naumburg. (Eig. Ber.) Aus dem reichhaltigen Programm, welches die Stadtverordneten-Sitzung vom 19. Januar enthielt, aber zum Teil unerledigt blieb, möchten wir folgendes hervorheben: Stadtv. Dr. Reichardt wurde zum Vorsteher, Stadtv. v. Oberg als Stellvertreter, Voigt als Schriftführer, Gerlach als dessen Stellvertreter gewählt. Beim Haushaltsplan für die Krankenhauskasse wird beschlossen, daß die Stadt die ökonomische Verwaltung des Krankenhauses übernimmt. Dabei wird der Wunsch ausgesprochen, dem Regiment des jetzigen Krankenhausverwalters Schatz ein Ende zu machen, über den in letzter Zeit wiederholt Klagen eingelaufen seien. Den unverheirateten Lehrern und Lehrerinnen wird eine Mietsentschädigung von 254 Mk. zugesprochen. Beim Haushaltungsplan der Kasse des Real-Gymnasiums beantragt der Magistrat, das Schulgeld von 100 auf 110 Mk. und von 110 auf 130 Mk. zu erhöhen und auf den Staatszuschuß von 8700 Mk. zu verzichten. Der Magistrat nimmt an, daß durch das Verzichten auf den Staatszuschuß das Selbstverwaltungsrecht der Schulen besser gewahrt wird. Das Kollegium beschließt jedoch, den Staatszuschuß beizubehalten und das Schulgeld auf 120 Mk. zu erhöhen, jedes dritte Kind soll jedoch vom Schulgelde befreit sein. Punkt 15: Antrag des Magistrats auf Beteiligung unserer Stadt an der Stiftung eines Hochzeitsgeschenkes für den Kronprinzen. Vorgeschlagen wurde, pro 100 Einwohner 1 Mk. zu bewilligen, so daß die Gesamtsumme etwa 250 Mk. beträgt. Der Vorsteher ersucht das Kollegium, über diesen Punkt in keine Diskussion einzutreten und den Betrag einstimmig zu bewilligen, da es eine Ehrenpflicht sei, daß sich Naumburg an dieser Spende beteilige. Wie gewünscht wurde, und wie es braven Bürgern auch wohl ansteht, so geschah es. — Betreffs Festlegung derjenigen Tage, an denen Stadtverordnetensitzungen stattfinden, wurde beschlossen, die Sitzungen am 2. Donnerstag jeden Monats stattfinden zu lassen, in dringenden Fällen sind Abweichungen zulässig. Der letzte Punkt betraf den Verkauf der ehemaligen Schulhäuser Gr. Fischstraße 28—29. Als Meistbietender mit 26 100 Mk. erhielt der Restaurateur Nebel auf dem Steinweg den Zuschlag. Hinzufügen möchten wir noch, daß dies derselbe Herr Nebel ist, der seinerzeit geschrieben hat, daß er die Sozialisten nicht in seinem Lokale haben wollte (gemeint waren damit aber auch die Gewerkschaften) und bei dem trotzdem noch organisierte Arbeiter (Parteigenossen?) verkehren. Mancher Mensch ist eben gegen Fußtritte weniger empfindlich als ein gewisses Tier.

Greppin. Gemeindevertreter-Sitzung fand nach langer Zeit am 18. statt. Der Gemeinde-Vorsteher gab bekannt, daß die Eisenbahndirektion Halle gewillt ist, die Bitterfelderstraße zu verlegen. Die Gemeinde wird dem zustimmen nur unter der Bedingung, wenn eine Haltestelle für einige Züge für Greppin eingerichtet wird. Die Direktion der Anilin-Fabrik gibt bekannt, daß sie 3600 M. zu den Schullasten beitragen will, behält sich aber vor, diese zu jeder Zeit rückgängig zu machen. Vor zwei Jahren sind von der Gemeinde zum Schul-Bauplatz mehrere Morgen Land zum Preise von 1500 M. gekauft worden; jetzt stellt es sich heraus, daß dem zweiten Schöffen Friedrich Bretschneider 1600 Mark für den Morgen gezahlt werden sollen. Die Vertreter der dritten Abteilung protestierten ganz energisch dagegen; Genosse Schubert frug an, wer das Land gekauft habe. Der erste Schöffe, Bretschneider, sagte zu wiederholten Malen: ich bin unschuldig, ich habe es Euch gleich gesagt, daß es so kommen wird. Genosse Bretschneider rügte gebührend dieses Verhalten. Wenn etwas zu kaufen ist, dann hat die Vertretung auch etwas mit zu sprechen und nicht nur einzelne Personen. — Die Direktoren der umliegenden Werke haben in einer Sitzung 3000 M. zu den Vorarbeiten der Wasserleitung bewilligt, selbige soll so bald wie möglich in Angriff genommen werden; die Bohrungen werden hinter der Ziegelei vorgenommen. Der Schulbau ist ebenfalls in Angriff genommen worden. Nach Erledigung einiger Armenlasten schloß die sehr interessante Sitzung.

Die Arbeiter werden aufgefordert, die Sitzungen zu besuchen, da bekommt man Verschiedenes zu hören.

Versammlungsberichte.

Sozialdem. Verein Wittenberg.

In Anwesenheit von 12 Genossen erstattete der Kassierer Otto Bericht über das 3. Quartal, das 4. ist noch nicht abgeschlossen. Die Kasse bedarf großer Aufbesserung. — Die Diskussion über die Anstellung eines Sekretärs zeitigte einen zustimmenden Beschluß. Der Bericht des Vorsitzenden Kiehle über die Bezirksversammlungen in unserem Kreise, sowie der Bericht über zwei unternommene Agitationstouren ergibt, daß nur durch anhaltende Agitation in Stadt und Land gute Früchte hervorgebracht werden können. Die Tätigkeit des Vorstandes ist aber leider durch die Kassenebbe sehr beengt. Aus eben demselben Grunde sieht die Versammlung auch von einer Beschickung der Gemeindevertreter-Konferenz ab. Zum außerordentlichen Bezirkstage werden die beiden bisherigen Delegierten und der Kandidat Gen. Fritzsch-Berlin gewählt.

Unter Eingängen teilt der Vorsitzende mit, daß die Zentral-Agitations-Kommission ein Flugblatt zur Verbreitung im Regierungsbezirk ausgearbeitet hat, und er 10 000 Stück für uns bestellt hat. — Die auf Anregung des Kandidaten ausgearbeiteten Fragebogen über wichtige soziale Fragen sind gedruckt; der Vorsitzende fordert alle Genossen auf, sich rege an der Beantwortung zu beteiligen. Die Fragebogen sind beim Genossen Kiehle abzuholen.

Der Ausschluß des Metallarbeiters Klebitz erfolgte einstimmig wegen eines schweren Verstoßes betreffs einer Sammelliste. — Zur Hebung des Parteilebens sollen künftighin freie Diskussionen über alle interessierenden Themen abgehalten werden; auch soll ein Exemplar des Volksblattes gesammelt und am Jahresschluß eingebunden werden. — Die Versammlungen finden nach wie vor jeden zweiten Dienstag im Monat statt.

Die hierauf vorgenommenen Wahlen zeugten von seltener Bereitwilligkeit. Alle Posten wurden glatt besetzt. Jeder einzelne war eben überzeugt, daß nur tatkräftiges Handeln uns vorwärts bringt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Kiehle, Coswigerstr. 18, zum Kassierer Gen. Gastwirt Otto, Töpferstraße 1, wiedergewählt.

Aus dem ruhigen, sachlichen Verlauf dieser Versammlung erhellt zur Genüge, was selbst eine kleine Schar von Genossen mit festem energischen Willen zu leisten vermag. Auf denn, Genossen, laßt uns weiter so arbeiten, denen zum Vorbild, die wohl die Phrase von der Befreiung der Arbeiterklasse im Munde führen, bei entschlossener Tat aber fehlen.

(Eing. am 16. ds.) O. W.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Gelesene Nummern des Volksblattes werden nicht weggeworfen, sondern an Freunde, Bekannte und Nachbarn behufs Gewinnung neuer Abonnenten weitergegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0003

Bockbier!

Ausstoss ab 25. Januar 1905

empfehlen:

Carl Bauer, Halle; Aktienbrauerei Feldschlösschen vorm. G. & H. Schulze, Halle; Stadtbrauerei Merseburg, Carl Berger; Herm. Freyberg, Halle; Friedr. Günther, Halle; Hallesche Aktien-Bierbrauerei; Freih. v. Sternburg'sche Brauerei, Lützschena; Wilhelm Rauchfuss' Brauereien, Halle u. Giebichenstein, A.-G.; Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz; Riebeck & Co., A.-G., L.-Reudnitz; Schultheiss Brauerei, A.-G., Berlin-Dessau.

Zentral-Krankenkasse Grundstein z. Einigkeit.

Dienstag den 24. Januar abends 7 Uhr im Saale der Moritzburg, Harz 51

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Achtung!

Mitglieder d. gemeinschaftl. Ortskrankenkassen.

Dienstag den 24. Januar 1904 abends 9 Uhr im Englischen Hof, Großer Berlin

Vorbesprechung

aller Mitglieder obiger Kassen.

Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten; auch die Kassenmitglieder, welche betriebsweise wählen, werden ersucht, zu erscheinen.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Mehrere Mitglieder.

Englischer Hof

Dienstag den 24. Januar

Schlachte-Fest.

Früh: **Wellfleisch** rc. — Abends: **div. Wurst u. Suppe.**

Gemütl. Abendunterhaltung.

Hierzu ladet freundlichst ein **Franz Pirschky.**

E. Degener. Swinemünde 15 Fischconservpfdr. u. Fisch-Grz Verld. Man prüfe **jede** Offerte **genau.**

Extra frische wirkl. schöne **Leckere Fische**

nur **direkt** v. d. Ostsee, d. Spottpreis v. **4½ M.** kost. zus. „**2 sehr schön.** Rauchale. 1 Stck. fff. Lachs. ½ **Dos la** N Caviar. 1 Dos. ca **25—30** la Rolm. 1 Dos. **fff.** Bismher. 1 Ds. la Oelsrd. üb **100** best. Sardellher. 1 Dos. ff. **Delikeß** Anch. C. 1 Fischkoch. u. **100** echt Sprott." D. **Spottpreis** v. **3¼** M. kost. Zus.: **100** best. Sardellher. 1 Dos. Anchov C. 1 F. Kochb. **80** echte Sprott. 1 Stck. **ff.** Lachs. **125** Delicateß Fische. 1 Ds. marin. F. Her. u. **1 echt.** Kielr. Rauchal. **Versck. frei.**

Apfelsinen

200 Zentner wieder frisch eingetroffen, **nur** erstklassige Früchte, **hochfein im Geschmack und billig.**

Für Wiederverkäufer grösste Auswahl.

Prompter Versand.

Richard Kannegiesser,

Obst- u. Südfrucht-Handlung.

Mehrere tüchtige Korbmacher

bei hohem Akkordlohn stellt sofort ein

Georg Wicht, Eisleben.

Dienstboten!

Verheir. sow. **ledige Pferdeknechte, Ochsenknechte, Ochsenjungen** und **Dienstmädchen** aufs Land sof. gesucht. **Auguste Bielig,** Schwoitsch b. Gröbers.

Zum Neubau nach außerhalb

sofort **9000 Mk.** gesucht. Offerten niederzulegen in der Exp. d. Volksbl.

Näherin zum Säcke- u. Planen-Nähen gesucht **Blücherstr. 7.**

Ein Mädchen als Aufwartung gesucht **Schwetschkestraße 4,** II rechts.

Inventur-Ausverkauf.

Enorme Preisermässigung für viele Waren.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Dienstag den 24. Januar 1905.
128. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Schülerkarten an der Abendkasse.
I. Vorstellung im Schiller-Zyklus.

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Mittwoch den 25. Januar 1905.
129. Abonnem.-Vorst. 1. Viertel.
Beamtenkarten giltig.

Jugendfreunde.

Lustspiel in 4 Aufzügen v. Ludw. Fulda.

Neues Theater, Halle a. S.

Direktion **E. M. Mauthner.**

Dienstag den 24. Januar. Abds. 8½: **Der ungläubige Thomas.**
Mittwoch: **Sudermann-Zyklus I. Die Ehre.**

Walhalla-Theater.

Inhaber: **Otto Herrmann.**

Lotte Mende

muss man sehen.

Einen Lehrling sucht Ostern H. Boek. Schuhmachermeister, Trebnitz bei Luckenau.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch wenige Tage!

Captain

M. Rudolf

mit seiner **einzig in der Welt** existierenden Dressur von **Elefanten, Pferden** und **Hunden.**

Das **Großartigste** und **Vollendetste,** was jemals in diesem Genre geleistet wurde.

Außerdem:
Das **vielseitige**

Pracht-Monstre-Programm.

Morgen Dienstag

Schlachtefest

Joh. Fischer, Gr. Gosenst. 7.

Fahrräder, Möbel kauft stets **Schleich,** Alter Markt 34.

Tafelkuhbutter 10 Pfd.-Kolli 6.50. Ia. Qual. tgl. fr. 7.50. Export. Weinstein, Probuzna via Breslau 18a.

Wohnungen zu vermieten

Merseburgerstraße 64, im Preise von 175 bis 425 Mark. Näheres das. part. od. Dessauerstr. 2.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler u. and. gewbl. Arb. Verwaltungsst. Giebichenstein

Dienstag den 24. Januar abends 8½ Uhr in Emmers Restaurant

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Manschetten-Knöpfe

(Bild Liebknecht, Bebel, Marx, Lassalle) Preis 40 und 50 Pf.

Zu beziehen durch

Die Volksbuchhandlung.

Geiststraße 21.

Freitag den 20. Januar verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden, unser treues Mitglied, der Maurer

August Schwarze

im Alter von 55 Jahren. Wir verlieren in ihm einen tapferen Kämpfer der gewerkschaftlichen und politischen Sache der Arbeiter. Sein Andenken werden wir in Ehren bewahren.

Zentralverband der Maurer. Zahlstelle Crostitz.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 2 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Arbeiters **Otto Herrmann,** herzlichen Dank. Insbesondere Dank dem Verbande der Bau- und Erdarbeiter, Zahlstelle Halle, für das ehrenvolle Geleit, sowie dem Arbeiter Paul Christian und Gustav Abelang für die schöne Kranzspende.

Die tieftrauernde Witwe nebst Kindern.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 20. | Halle a. S., Dienstag den 24. Januar 1905. | 16. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung. Sonnabend, den 21. Januar 1905, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf **Posadowsky**, Freiherr von **Stengel**.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine **Interpellation der Konservativen**, welche den Reichskanzler um Auskunft ersucht, warum entgegen der Erklärung vom 9. Dezember die neuen **Handelsverträge** dem Reichstag noch nicht vorgelegt und die alten bisher nicht gekündigt sind.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt im Namen des Reichskanzlers, daß die Verhandlungen mit Oestreich-Ungarn bisher nicht zum Abschluß gelangt seien, und daß es nicht dem Brauch entspreche, über schwebende internationale Verhandlungen Auskunft zu erteilen. Die Interpellation wird aber im Laufe der nächsten Woche verhandelt werden.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der **sozialdemokratischen Interpellation** über den

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Abg. Dr. **Beumer** (natl.): Je unruhiger die Lage in Westfalen ist, desto ruhiger muß der Reichstag verhandeln. Wir sind keine Partei des Unternehmertums, wir wünschen vielmehr, daß die Regierung unparteiisch gegenüber dem Syndikat wie gegenüber den Ausständigen sich ausschließlich vom Gemeinwohl lenken läßt. Der heutige Streik hat große Aehnlichkeit mit dem von 1889. Damals wie heute gingen maßlose Uebertreibungen durch die Presse, die durch die nachherige Untersuchung in den wesentlichsten Punkten widerlegt wurden. Es fehlte nicht an heiteren Momenten: so wurde ein Bergbeamter beschuldigt, die Belegschaft eine Hammelherde genannt zu haben; die Untersuchung ergab, daß die Arbeiter ihn einen alten Hammel genannt hatten (Heiterkeit), die Beleidigung berühte also auf Gegenseitigkeit. — Mit Gummischläuchen lassen sich westfälische Bergarbeiter, und zumal Sozialdemokraten, sicher nicht schlagen; dagegen ist es vorgekommen, daß ein Arbeiter lieber eine heruntergehauen bekommen, als 3 Mark Strafe bezahlen wollte. (Heiterkeit.) — Nie wird mehr gelogen, als vor einem Kriege, nach einer Schlacht und während eines Streiks. (Heiterkeit und Zust. b. d. Natl.) Von vielen Zeitungstelegrammen kann man sagen: „Gelogen wie telegraphiert!“ (Zuruf b. d. S.: Rheinisch-Westfälische Zeitung!) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung ist kein nationalliberales Parteiblatt. (Widerspruch b. d. S., Zust. b. d. Natl.)

Redner kritisiert die von den Bergarbeitern aufgestellte Unfallstatistik. Bei einer Bergarbeiterzahl von 255 992 sind im ganzen Oberbergamt Dortmund nur 562 tödliche Unfälle vorgekommen. (Hört, hört! rechts und b. d. Natl.) — Es ist nicht wahr, daß auf der Zeche Neumühl die Bergarbeiter splitternackt im Wasser arbeiten müssen, auch bekommen sie nicht 4 Mk., sondern über 5.50 Mk. Tagelohn. — Die Zeche Neumühl hat auch die Behauptung widerlegt, daß die Grubenverwaltungen nicht mit ihren Arbeitern verhandeln wollen. (Handelsminister **Möller** betritt den Saal.) Aber alle Zugeständnisse halfen nichts. Am Tage nach der Verhandlung war der Streik da. — Die Arbeiter haben ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt, sind also kontraktbrüchig geworden. Mit kontraktbrüchigen Arbeitern zu verhandeln, lehnen aber die Grubenverwaltungen mit Recht ab. — Die Zeche Bruchstraße ist mit ihrem zweiten Anschlage betr. Verlängerung der Seilfahrt durchaus gesetzmäßig vorgegangen; die Gewährung der Wünsche der Arbeiter auf Wiederverkürzung der Seilfahrt hätte die Stilllegung der Grube bedeutet, also ein gerade von den Arbeitern vielbeklagtes Uebel vermehrt. — Nun zu der Frage des **Nullens**. In England ist das Nullen ausdrücklich festgelegt. Das Nullen ist deshalb den Geldstrafen vorzuziehen, weil sich die wahren Schuldigen doch nicht ermitteln lassen, und weil deshalb die ganze Kameradschaft herangezogen werden muß: es handelt sich dabei bei den einzelnen nur um ein paar Pfennige. In England fällt auf 21 000 Arbeiter, in Deutschland auf 4000 Arbeiter ein königlicher Beamter; man kann sich deshalb nicht auf England berufen, um eine Beteiligung der Arbeiter an der Inspektion zu verlangen. Die Wahl von Arbeitervertretern würde schließlich nur der Sozialdemokratie zu gute kommen. — Es ist nicht wahr, daß das Kohlensyndikat aus Profitwut entstanden ist: es steht vielmehr unvergleichlich in der Wirtschaftsgeschichte da als eine Organisation, die freiwillig die Preise niederhält. Das Syndikat hat vorteilhaft auf die Löhne gewirkt: 60 Proz. der Selbstkosten entfallen heute auf den Arbeitslohn. Vor 25 Jahren waren es nur 28 Proz. (Abg. Hue: Längst widerlegt!) Die Stilllegung der Zechen geht nicht auf das Kohlensyndikat zurück.

Wie der Ausstand ablaufen wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

Trotz gegenstehender Behauptungen sind Fälle von Terrorismus vorgekommen; ich will annehmen, von Unorganisierten. Es ist jedenfalls Pflicht des Staates, die Arbeitswilligen zu schützen: wir haben uns über die Entschiedenheit gefreut, mit der der Reichskanzler diese Pflicht betont hat. Die Beispiele mindestens indirekten Zwanges gegen Arbeitswillige zählen nach Tausenden. (Lachen b. d. S.) Ich erhielt eine Depesche, wonach die Schutzwehr über einen Abfuhrkanal quer über die Schienen gelegt war. (Zuruf b. d. S.: Von wem?) Das steht in der Depesche nicht drin. (Aha! und Lachen b. d. S.) — Der Oberbürgermeister Schmieding von Dortmund hat das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes der Harpener Gesellschaft unter einstimmiger Zustimmung der Dortmunder Stadtverordneten angenommen. (Lachen b. d. S.) Die Vorwürfe der Nervosität gegen den Herrn Schmieding sind um so ungerechtfertigter, als er seine Kaltblütigkeit u. a. dadurch bewiesen hat, daß er den Sohn eines Sozialdemokraten bei strenger Winterkälte aus der Lenne rettete. Er hat dafür die Rettungsmedaille am Bande bekommen. (Bravo!) — Ich möchte den Sozialdemokraten noch empfehlen, darauf hinzuwirken, daß wenigstens während des Streiks die sozialpolitische Bäckerei Volkswohl in Essen ihren Brotwucher einstellt. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Nach der Darstellung des Herrn Beumer ist der Streik völlig grundlos entstanden. Wenn er meint, daß Löhne von 7, 8, 9 Mk. häufig vorkommen, wie kommt es denn, daß der Durchschnittslohn 4,87 Mk., im Süden gar nur 4,58 Mk. beträgt? Dann müssen eben Löhne von 2 Mk. noch häufiger sein, damit jener Durchschnittslohn herauskommt. (Sehr richtig! b. d. S.) — Herr Beumer hat selbst indirekt zugeben müssen, daß die Verlängerung der Seilfahrt auf der Zeche Bruchstraße eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter bedeutet. Den Arbeitern wurde nicht einmal Zeit zur Kündigung gelassen, der Kontraktbruch ist also von Herrn Stinnes inszeniert. Nach Herrn Beumer sind die Arbeiter in den Streik getrieben worden. Die Treiber hat er nicht genannt. Sie dürften bei denen zu finden sein, die aus dem Streik den größten Vorteil zu ziehen hoffen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Daß, wie Herr Beumer ausdrücklich erzählte, einem Arbeiter die Wahl zwischen Geldstrafe und Prügel gelassen wurde, charakterisiert die Situation im Bergbau deutlicher, als selbst mein Freund Hue gestern vermochte. In der Gewerbeordnung ist bisher das Prügeln noch nicht vorgesehen worden. (Sehr gut! b. d. S.) Wo immer geprügelt wurde, da liegt Kontraktbruch von seiten der Unternehmer vor. (Sehr richtig! b. d. S.) — Daß Herr Beumer durchweg rosig malte — ein paar Schatten mußte auch er in sein Gemälde fallen lassen — wundert mich nicht: **es ist die Aufgabe der Syndikatspresse und der Generalsekretäre, rosig zu färben.** (Heiterkeit.)

Die Rede des **Grafen Bülow** gibt mir an sich einen Anlaß, mich mit ihr zu beschäftigen. Wäre sie von einem Schulmeister in einer Volksversammlung gehalten, so würde ich sie nicht beachten. (Große Heiterkeit.) Aehnliche Reden habe ich schon oft gehört, namentlich zurzeit, als Eugen Richters Bilder aus dem Zukunftsstaat erschienen waren. Graf Bülow war damals im Auslande: es scheint, er hat jetzt erst die Richtersche Schrift gelesen und gibt nun unaufhörlich Lesefrüchte aus ihr zum besten. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Der Reichskanzler stellte das Recht zu arbeiten dem Rechte zu streiken gegenüber: warum wird denn nicht auch das Recht zum Streik gegen Terrorismus geschützt? (Sehr gut! bei den Soz.) Aber wenn ein Arbeitswilliger einen Streikenden einen „Lump“ nennt, so entscheidet der Richter: Lump ist keine Beleidigung, sondern nur die Bezeichnung für einen, der kein Vermögen besitzt. (Große Heiterkeit.) Nennt dagegen ein Streikender einen Arbeitswilligen einen Lumpen, so wandert er 6 Monate ins Gefängnis. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Kanzler sagte, wenn alles wahr wäre, was Hue gesagt, so würde es gewiß allgemeine Verurteilung finden. Damit ist den Arbeitern nicht gedient; der Kanzler hätte vielmehr sagen sollen: wenn alles das wahr ist, dann wird die Gesetzgebung eingreifen müssen, um derartige Mißstände zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich wird die Gesetzgebung, wenn sie überhaupt Erfolg haben will, nicht bei einer Flickarbeit stehen bleiben können: es wird nichts übrig bleiben, als die Verstaatlichung, die Expropriation der Expropriateure. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler sprach von den sozialpolitischen Lasten der Versicherungs-Gesetzgebung. Diese Lasten sind den Kapitalisten des Bergbaus sehr gut bekommen: Die Aktien sind seit Einführung der sozialpolitischen Gesetzgebung immer gestiegen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Der Reichskanzler sprach weiter über den politischen Ursprung, den politischen Charakter der Arbeiterorganisationen. Der Ursprung mag sein, wie er will: alle Arbeitervereine ohne Unterschied der Richtung werden schließlich dazu gedrängt, sich als Organisationen der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapitalismus zu betrachten, die den kollektiven Verkauf der Arbeitskraft möglichst günstig zu gestalten suchen. Gerade im Ruhrrevier sehen wir ja, wie die Arbeitervereine aller Richtungen zusammengehen. Ueber die Natur der Gewerkschaften sollte ein Mann, der im politischen Leben steht, besser unterrichtet sein, auch wenn er zufällig Reichskanzler ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Graf Bülow findet vielleicht einmal Zeit, sich das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften vorzunehmen: er wird in den Abrechnungen — vielleicht zu seinem Leidwesen — auch nicht einen Groschen finden, der für sozialdemokratische Parteizwecke ausgegeben wird. —

Nun zu der vielumstrittenen Frage des **Nullens**. Es mag sein, daß das Nullen im ganzen einen geringen Teil der Förderung ausmacht: aber gerade solche Einzelfälle, wie sie gestern angeführt wurden, das Nullen von 350 Wagen unter 850, müssen aufreizend wirken (Sehr richtig! bei den Soz.), müssen die vorhandene Erbitterung schließlich so steigern, daß sie mit explosiver Gewalt hervorbricht (Sehr richtig! bei den Soz.) — Daß ein solcher Riesenstreik ungeheure Opfer erfordert, ist klar: und klar ist daher auch, daß nicht ohne schwerwiegende Gründe die Arbeiter sich entschließen, in einen derartigen Streik einzutreten. Und daraus, daß alle Richtungen, die christlichen und Hirsch-Dunckerschen ebensowohl wie die Sozialdemokraten, zusammengehen, ergibt sich, daß es sich nicht um sozialdemokratische Tendenzen handelt, sondern um Dinge, die die Arbeiter als Bergleute angehen.

Der Bergbauliche Verein hat selbst zugegeben, daß die **Kohlenpreise** in der Zeit von 1901—1902 **um drei Prozent, die Löhne aber um 17½ Prozent gesunken** sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Redner geht dann näher auf die **Steigerung der Dividende** ein, welche nach dem großen Streik von 1889 eintrat. So stieg z. B. die Dividende der Hibernia von 7½ Prozent auf 19 Prozent, der Kurs von 88 auf 244. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind also die Leute, die ein Interesse daran haben, daß einmal ein großer Streik ausbricht, und welche das Interesse sehr wohl zu realisieren verstehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Kohlen-Syndikat richtet sich in dem Rayon, in welchem es mit der Konkurrenz, z. B. der schlesischen Kohle zu tun hat, nach der allgemeinen Marktlage. Im unbestrittenen Rayon dagegen gelten die reinen Syndikats-Preise, die freilich nicht allzu hoch über dem allgemeinen Marktpreis stehen können. Um nun den Kohlenpreis hochzuhalten, bedarf es von Zeit zu Zeit außerordentlicher Mittel, und ein solches Mittel ist der Streik. Die Verstaatlichungs-Pläne des preußischen Staates sind ein weiterer Ansporn für das Syndikat, die Kurse in die Höhe zu treiben, um dadurch dem Staat die Lust am Aktien-Kauf zu vertreiben. Ein Mitbegründer des Syndikats erklärte 1889 ganz offen, der Streik jenes Jahres sei eine rettende Tat für den deutschen Kohlenbergbau gewesen. Auch gibt der Streik den Gruben-Besitzern die gewünschte Gelegenheit, die Stilllegung der Zechen im weiteren Umfang fortzusetzen.

Die amerikanischen Trusts verstehen sich seit lange darauf, große Streiks zu inszenieren, um derartige Manöver durchzuführen, wie selbst deutsche Kapitalistenzeitungen wiederholt zugegeben haben. Das Beispiel hat ansteckend gewirkt. Entbindet doch jeder Streik auf einer Grube das Syndikat von allen Lieferungspflichten. — Die Frage drängt sich immer weiteren Kreisen auf, ob nicht **im öffentlichen Interesse der Bergbau verstaatlicht** und der privatkapitalistischen Willkür entzogen werden muß. In 11 Jahren sind durch Kurssteigerungen **300 neue Millionen gewonnen** worden. Das kann nicht mehr so weiter gehen, da muß der Staat eingreifen. An sich wären deshalb die Verstaatlichungspläne des Herrn Möller zu begrüßen, wenn nicht der Fiskus an Arbeiterfeindlichkeit dem Syndikat gleichkäme, bisweilen es überträfe. Wenn der Staat, wie er heute ist, das Ruhrrevier beherrschen wird, so wird daraus ein zweites Zuchthaus nach dem Muster des Stummschen Saarabiens werden. Das ist selbst von nationalliberaler Seite zugegeben worden. — Auf keinen Fall sollten die Eigentümer nach dem künstlichen Kurse, sondern nur nach dem realen Werte entschädigt werden.

Der Abg. Beumer bezeichnete das Prügeln an Stelle der Geldstrafen als Menschenfreundlichkeit. Dann sollte es wenigstens gegenseitig sein. Aber beim Prügeln heißt es: Geben ist seliger als Nehmen! (Heiterkeit links.) Die Zustände im Ruhrrevier sind unhaltbar. Der Staat muß eingreifen durch ein wirksames Reichsberggesetz. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Pohl** (Frs. Vpt.): Wir in Oberschlesien verfolgen den Streik im Ruhrrevier mit offenen Augen. Bei uns sind die Verhältnisse Gott sei Dank besser; das Wagennullen kommt bei uns fast gar nicht vor und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind, wenn auch nicht mustergiltig, so doch erträglich. Herr Hue hat mit **dankenswerter Sachlichkeit** gesprochen; wenn Herr Mehring in der Leipziger Volkszeitung einen anderen Ton anschlägt, so ist der Reichskanzler seinerseits in denselben Fehler verfallen. (Sehr richtig! links.) — Redner polemisiert gegen die Angabe des Reichskanzlers, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine aus fortschrittlichem Parteiinteresse gegründet seien. Politisches Kapital aus der Arbeiterbewegung zu schlagen, suchte vielmehr Fürst Bismarck. (Sehr richtig! links.) Ein Gutes hat der Streik gehabt: er zeigt den Arbeitern den Wert der Selbsthilfe, gegenüber der Staatshilfe, nach der heute von allen Seiten gerufen wird. (Sehr richtig! b. d. Freis.) — Die Niederlegung der Arbeit ohne vorherige Kündigung ist keineswegs in allen Fällen ungesetzlich und unrecht; die schnöde Zurückweisung der Arbeiterbevollmächtigten genügte, um die Arbeitsniederlegung zu rechtfertigen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Mangel des gesetzlichen Verhandlungszwanges hat es zum äußersten kommen lassen. (Zustimmung links.) Beim heutigen Stande der Gesetzgebung steht der Arbeiter völlig rechtlos da und dieser Zustand verletzt das Rechtsgefühl auch nach der Ansicht meiner Partei. (Lebhafte Zustimmung b. d. Freis.) Wo das Wohl und Wehe von Hunderttausenden auf dem Spiele stand, da mußten die Zechenbesitzer mehr Entgegenkommen zeigen. (Sehr richtig! links.) Das Verhalten der Zechenbesitzer ist nicht ungesetzlich, aber es ist fraglich, ob es klug, ob es taktvoll, ob es patriotisch ist. (Sehr richtig! links.)

Der Hochmut der Zechenbesitzer mußte die Arbeiter in den Streik treiben; der Vorwurf, Millionenbesitze auf das Elend der Arbeiter aufgebaut zu haben (Lachen rechts) ist so schlimm, daß er vermieden werden sollte. Der einfache Takt hätte den Besitzern gebieten sollen, die Verhandlungen nicht zurückzuweisen. (Sehr richtig! links.) Die öffentliche Meinung steht auf seiten der Arbeiter und das Militär ist eine bewegende Kraft im Erwerbsleben geworden.

Gewiß leisten die Unternehmer bedeutendes für den National-Wohlstand, aber wo würden ihre Leistungen bleiben, wenn nicht die fleißige Hand wäre, die ihnen zur Verfügung stände. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bergleute riskieren ihr Leben und Gesundheit nicht weniger als die Soldaten vor dem Feind. Die Auffassung, als ob der Arbeiter dem Arbeitgeber noch dankbar zu sein hätte, diese Auffassung ist ein Unsinn, wie es keinen frivoleren gibt. Es muß eine gesetzliche Vertretung der Bergarbeiter durch ein besonderes Berggesetz geschaffen werden; wenn die Regierung nicht bald unsern Bitten und Mahnungen nachgibt und die Verhältnisse des Bergbaues gesetzlich regelt, so wird das platte Land den Schaden davon haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Kardorff** (Reichsp.): Im gegenwärtigen Augenblick verzichte ich auf das große Thema einzugehen, weil ich keine Aeußerung machen möchte, die — vielleicht entstellt — den Gegensatz verschärfen könnte. Ich glaube, daß ein großer Teil der jetzigen Erregung durch das Stilllegen der Zechen entstanden ist, und daß dieser Stilllegung durch ein deutsches oder preußisches Berggesetz entgegengewirkt werden muß. Die Arbeiter werden der Regierung Vorschläge nach dieser Richtung erleichtern, wenn sie so schnell wie möglich in geordnete und gesetzliche Zustände zurückkehren. (Beifall rechts.)

Abg. **Stöcker** (wild kons.): Der Abgeordnete Hue ist daran gescheitert, Unrecht in Recht zu verwandeln und den Kontraktbruch zu verteidigen. Das können wir nie. Mir schrieb gestern ein Bergarbeiter: Legen Sie ein kräftiges Wort für uns Armen ein (Hört, hört! bei den Soz.), die selten mehr als 40 Jahre alt werden, ihr Augenlicht verlieren und so schwer arbeiten müssen. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Leiden der Bergarbeiter erklären die außerordentliche Sympathie, die sie finden. **Es trifft nicht zu, daß dieser Streik aus sozialdemokratischer Agitation entstanden ist.**

Von sozialdemokratischer Verhetzung habe ich nicht die Spur bemerkt, aber das Zechenlegen lastet wie ein Fels auf den Stirnen der Arbeiter. Man hat große Ortschaften verwüstet, den Arbeitern ihre Ersparnisse genommen. Jetzt fürchtet jeder Arbeiter das gleiche Schicksal für sich. Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft ist heute im Ruhrrevier unvergleichlich anders als die der früheren Zeit, wo Knappschaftsgeist und Solidarität blühten. Die Ausbreitung, die Ausschreitung des Kapitalismus hat eine bunt zusammengewürfelte Menge zusammengeführt, die durch ihr erdrückendes Gewicht auf den Organisationen der Arbeiter lastet. Gerade deshalb muß die Organisation erweitert, auf eine staatliche Grundlage gestellt werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Auch die Anschläge auf Zeche Bruchstraße wurden ohne Zustimmung der Arbeiter erlassen, und das war auch **kontraktebrüchig. Die Arbeiter haben ein Recht auf voll-Gleichberechtigung im Vaterlande.** (Sehr richtig! links.) Es handelt sich hier um Wohl und Wehe einer Provinz. Da muß der Staat eingreifen. Für die Unternehmer mag es schwer sein, auf ihre Souveränität zu verzichten, aber heute muß auch in der Fabrik das konstitutionelle System eingeführt werden. Auch die ruhigsten evangelischen Arbeiter sind überzeugt, daß der Streik ohne Verlängerung der Schichtdauer und ohne Verweigerung der Deputatkohlen sich hätte vermeiden lassen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das ganze Gebaren des Syndikats in der Hiberniaaffäre hat in weiten Kreisen den Eindruck gemacht, als ob das Syndikat mächtiger sei als der Staat.

Es ist das Wort gefallen: Mit meinem Kapital kann ich machen, was ich will. Diesen Satz bestreite ich durchaus (Sehr richtig! im Zentrum). Ich wünschte, beide Parteien würden anerkennen, daß nicht im Streit sondern im friedlichen Zusammenwirken die Lösung der Schwierigkeiten liegt. Allerdings wird das, was der Reichskanzler gestern sagte, die versöhnende Kraft seiner Worte im Abgeordnetenhause nicht erhöht haben (Sehr richtig! links). Dagegen war das, was Herr Möller gestern sagte, wieder versöhnlicher als seine Rede im Abgeordnetenhause. Die Regierung darf diesen Riesenstreik nicht sich selbst überlassen, das führt zum sozialen Faustrecht. Obligatorische Schiedsgerichtsverhandlungen mit Erscheinungszwang vor jedem Streik sollten eingeführt werden. Das ganze soziale Leben muß wieder korporativ aufgebaut werden auf dem Boden des christlichen Volkslebens (Bravo! rechts).

Abg. **Gothein** (Freis. Vgg.): Obwohl ich persönlich vielen Grubendirektoren nahe stehe, suche ich doch unparteiisch zu richten. Ich gebe dem Abg. Hue nicht zu, daß kein Kontraktbruch vorliegt. Sein und seiner Freunde Bestreben, den Streik zu verhindern, das wir aufrichtig anerkennen, beweist allein schon das Gegenteil. Andererseits aber herrscht seit 7 Jahren im Kohlenreviere eine so tiefe Erregung, daß die Freiheit des einzelnen Willens vor dem Massenwillen schwand.

Die Konservativen haben sich begnügt, bei dieser so schwerwiegenden Frage eine kurze Erklärung verlesen zu lassen. Selig sind, die geistig arm sind. (Heiterkeit.) Es ist eine leere Ausrede der Unternehmer, wenn sie die Unterhandlungen mit den Ausständigen ablehnen. Denn als sie diese Erklärung abgaben, streikte ja der größte Teil der Arbeiter noch nicht. (Sehr richtig!) Die Drohung mit dem Ausstand ist ja der einzige Trumpf, den der Arbeiter in der Hand hat. (Sehr richtig! links.) **Die Ablehnung der Verhandlungen ist Herrenmoral der schlimmsten Art.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reichskanzler hat auch hier wieder die Flöte hingeworfen, weil man auf seine Vermittlungsvorschläge nicht einging. Die schroffe Ablehnung der Unterhandlungen, die von den Arbeitern angeboten wurden, durch die Unternehmer legt die Verantwortung für den schweren Schaden unseres industriellen Lebens auf die Unternehmerorganisationen. Der Streik wird auf die verbrecherischen Handlungen der Arbeiter zurückgeführt. Aber schon **E. M. Arndt** hat den bauernlegenden Junkern zugerufen: „Denkt daran, daß Ihr Euch gewöhnt habt, in allem ein Verbrechen zu sehen, was Euch verwehrt, ein reichliches Leben zu führen.“ (Sehr gut!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0005
DFG

b. d. Soz.) Das Streben für bessere Arbeitsbedingungen ist kein Verbrechen sondern die Vorbedingung für den Kulturfortschritt. (Sehr richtig!) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat von einem kapitalistischen Parlament gesprochen. Damit werden die bürgerlichen Parteien vor den Kopf gestoßen, ohne deren Sympathie die Bergarbeiter nicht gewinnen können.

Gerade die Organisationen haben den Streik jahrelang zurückgedämmt, den die unorganisierte Masse längst wollte. Das ist ein großes Verdienst. Die Zechen erklären jetzt, sie wollten nicht einmal mit ihren eigenen Belegschaften verhandeln, sondern nur mit den einzelnen Arbeitern. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sind denn die letzten 30 Jahre an diesen Leuten spurlos vorübergegangen?! Das ist ein Manchesterstandpunkt, den wir Manchesterleute nie eingenommen haben; das ist Industriefeudalismus schlimmster Art. (Lebhafte Zust. links.) Man verlangt die einfache Unterwerfung. Die Arbeitsverhältnisse sind im Laufe der Zeit immer schlechter geworden, die Schächte sind immer tiefer geworden, die Hitze an den Arbeitsplätzen ist gestiegen, und die Zeit für Ein- und Ausfahrt ist gewachsen. Es ist durchaus berechtigt, die Seilfahrt, die keine Spazierfahrt ist, auf die Arbeitszeit anzurechnen. (Bravo! links.) Ich verstehe nicht, weshalb die Zechen nicht auf das Nullen, diese so böses Blut machende Art der Disziplinarstrafen verzichten. Ein Minimallohn scheint mir für den Bergbau schwer durchführbar. Die Arbeitervertreter müßten bei der Festsetzung der Gedinge mitwirken, und so weit sind wir noch nicht. Ein gesetzlicher Minimallohn aber wird die Stillegung im südlichen Ruhrgebiet noch vermehren. Für sehr viele Zwelge der Grubenkontrolle sind intelligente Arbeiter durchaus geeignet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Klagen über schlechte Behandlung sind zum Teil berechtigt. Die Einführung von Arbeiterausschüssen muß durch Gesetz obligatorisch gemacht werden. (Bravo! links.)

Preußischer Handelsminister **Möller**: Die heutige Diskussion ist erfreulicherweise ruhig verlaufen. Die Vertreter beider Seiten haben sich großer Mäßigung befleißigt, insbesondere Herr Dr. Beumer (Zachen b. d. Soz.) und Herr Stöcker. Ich hoffe, daß die Tonart auch denjenigen, die da glauben, sich heute auf einen ablehnenden Standpunkt stellen zu können, klar macht, daß sie sich fast einer geschlossenen öffentlichen Meinung gegenüber befinden (Sehr gut! links), und daß sie gut tun werden, den schweren politischen Fehler, den sie durch Ablehnung der Verhandlung begangen haben, möglichst bald rückgängig zu machen. (Lebh. Sehr gut! links; Bewegung.) Die Behauptung des Abg. Molkenbuhr, die Unternehmer hätten den Streik provoziert, kann die Erbitterung in den beteiligten Kreisen nur steigern, und der Beweis dafür ist nicht zu erbringen.

Der Minister sprach sich gegen die Festsetzung der Löhne nach der Höhe des Kohlenpreises aus; die Hauptsache sei die Stetigkeit des Einkommens. In Sachen des Kontraktbruchs wiederholte er seine Erklärung im Abgeordnetenhause, wonach er darin einen Nagel zum Sarge der Kündigungsfrist sieht, die für den Arbeiter besonders wichtig ist. Ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und über die Arbeitskammern kann vielleicht noch zum Schlusse dieser Session dem Hause vorgelegt werden. (Bravo! im Zentrum.) In Preußen sind wir daran, den § 65 des Bergegesetzes auszubauen, um das weitere Fortschreiten der Zechenstillegung zu verhindern. (Bravo! i. Zentr.) Wir werden alles tun, um den entfachten Brand zu löschen. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Montag 1 Uhr vertagt. Schluß 6¾ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 23. Januar.

Die Arbeiterschaft und der Bergarbeiterstreik.

Halle.

Auf die heute abend im Bellevue stattfindende

Volksversammlung

sei nochmals hingewiesen.

*

Die **Gewerkschaften** in Halle betätigen ihre Solidarität mit den Streikenden aufs glänzendste. Außer den schon genannten liegen uns noch heute Mitteilungen vor von den Buchdruckern, die am Sonnabend in ihrer Versammlung 500 Mk. bewilligt haben. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, einen Extra-Beitrag von 25 Pfg. pro Woche zu erheben. Die Fabrikarbeiter gewährten den Streikenden 50 Mk., die Glaser 100 Mk., die Steinsetzer 50 Mk.

*

Achtung, Gewerkschaften! Die Bons für die Bergarbeiter können von heute abend 5 Uhr ab beim Genossen **Köppchen**, Unterberg 12, abgeholt werden.

Das Gewerkschaftskartell.

*

Nr. 62 der ausgegebenen Listen wird hiermit für ungiltig erklärt. Diese hat gestern abend im Fehlingschen Restaurant in der Herrenstraße ein Herr, der sich als Buchdrucker Eckardt ausgab, an sich genommen, obwohl der Inhaber der Liste sich als politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter legitimierte. Ob Eckardt glaubte, mit der Liste sei eine Fälschung begangen worden, entzieht sich der Kenntnis. Jedenfalls war sein Verhalten ein sehr sonderbares.

Die ausgegebenen Listen tragen die Unterschriften des Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftskartells, Wilh. Leptz und M. Güldenberg. Nur auf diese Listen ist zu zeichnen.

*

Was ist öffentliche Kollekte?

Anläßlich der jetzt überall veranstalteten Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter sei darauf aufmerksam gemacht, daß **nur öffentliche** Kollekten resp. Sammlungen von Haus zu Haus verboten sind.

Dagegen bedarf man im geschlossenen Personenkreise, z. B. bei **nicht**-öffentlichen Vereins-Zusammenkünften, in geschlossenen Privatgesellschaften keinerlei Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sammlung für die Bergarbeiter. Ebenso können die Arbeiter in der Werkstelle, in Fabriken ganz ruhig sammeln, ohne sich strafbar zu machen.

Das Kammergericht steht sogar auf dem Standpunkte, daß auch in Wirtschaften gesammelt werden könne, denn aus dem Allgemeinen Landrechte (§§ 244 folgende des 20. Titels im 2. Teil) lasse sich nur das Verbot von Hauskollekten ohne Genehmigung folgern. Nun enthalten mehrere Regierungs-Verordnungen ein Verbot, das ganz allgemein „Sammlungen freiwilliger Beiträge zu Zwecken aller Art ꝛc." umfasse. Unzweifelhaft gingen hiermit die Regierungs-Präsidenten **über die polizeilichen Befugnisse hinaus.** Das Polizeiverwaltungsgesetz könne eine Verordnung über das Kollektieren überhaupt nicht stützen, denn das Kollektieren sei keiner der Gegenstände des § 6. Demnach seien solche Verordnungen ungiltig. Mit dieser Begründung sprach das Kammergericht voriges Jahr ein paar Arbeiter frei, die für die Krimmitschauer Arbeiter in einer Wirtschaft gesammelt hatten. — Nach dieser Entscheidung ist auch die Verordnung der Merseburger Regierung vom Jahre 1867 ungiltig. — Bezüglich des Sammelns in einem Restaurant ersuchen wir doch, während der Kirchzeit davon abzusehen und im übrigen die nötige Vorsicht walten zu lassen, zumal die Entscheidungen der höchsten Gerichte sich auch öfters widersprechen.

*

Auf dem hiesigen Bahnhof soll bereits Kohlenmangel bestehen bezw. die Vorräte an westfälischer Kohle erschöpft sein. In der Provinz Sachsen verfüge nur noch Magdeburg über größere Quantitäten westfälischer Kohle. Welchen Einfluß dies auf die übrige Kohlenproduktion ausübt, geht daraus hervor, daß z. B. ein Zug nach Halberstadt an westfälischer 30, an schlesischer jedoch 50 Zentner benötigt. Es ist leicht möglich, daß wir mit Betriebseinschränkungen auf der Bahn zu rechnen haben.

Wittenberg.

An die Parteigenossen des Kreises Wittenberg-Schweinitz!

Die Augen der ganzen kultivierten Welt sind auf den gewaltigen Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier gerichtet.

Millionen sind notwendig, um diesen Kampf durchzuführen.

Auch an die Parteigenossen des Kreises Wittenberg-Schweinitz ergeht hierdurch der Aufruf, schnell und reichlich zu helfen.

Zu diesem Zweck haben wir **gestempelte Listen** in Umlauf gesetzt, die allein zu benutzen sind. — Abgeschlossene Listen sind möglichst sofort bei **Gastwirt Otto**, Töpferstraße 1, abzugeben.

Der Vorstand. J. A.:
Karl Kiehle-Wittenberg, Koswigerstraße 18.

Eilenburg.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells hat anläßlich des Bergarbeiterstreiks **Sammellisten** ausgegeben. Um die nötigste Hilfe so schnell wie möglich bringen zu können, sollen die gesammelten Gelder bereits Ende der Woche abgesandt werden. Es ergeht daher an alle, denen die Listen vorgelegt werden, die Bitte, die Listeninhaber zu unterstützen, damit auch bei diesem Anlaß die Solidarität der Eilenburger Arbeiterschaft zur rechten Zeit und energisch sich betätigen kann.

Eisleben.

Alle Gaben für die sich im Generalstreik befindenden Ruhrbergleute nimmt entgegen

Joh. Stelzer, Eisleben.
Klosterplatz 30.

*

Sogar Arbeiter der Mansfelder Gewerkschaft sind sich ihrer Pflichten gegen ihre streikenden Kollegen bereits bewußt geworden und haben **80 M.** gesammelt.

Die Militärkapellen

bedeuten für die Zivilmusiker eine schwere Konkurrenz. Wir haben erst kürzlich in unserer Unterhaltungsbeilage vom 29. Dezember v. J. darauf hingewiesen und geben heute einige Auszüge aus einer jüngst erschienenen Broschüre, die den Titel trägt: Recht verlangen wir, nichts als Recht! und vom Präsidium des Allgemeinen Deutschen Musiker-Verbandes herausgegeben wurde. Ueber das Musikkorps des hiesigen Infanterie-Regiments Nr. 36 ist da folgendes gesagt:

„Daß die Konkurrenz der Militärmusiker für den Zivilmusiker eine Konkurrenz der unbegrenzten Möglichkeiten ist, zeigt uns recht eindringlich die geschäftliche Tätigkeit, welche das Musikkorps des 36. Infanterie-Regiments außerdienstlich entfaltet. Diese Kapelle besetzt schon seit Jahren während der Sommermonate (Mai—September) das vor den Toren Halles belegene Bad Wittekind, und zwar ist sie hier nicht wie üblich — und wie vielleicht auch nur statthaft — von dem Besitzer des Bades gegen Zahlung eines bestimmten Honorars engagiert, sondern die Militärkapelle tritt als selbständige Unternehmerin auf, indem sie den Musikbetrieb in Bad Wittekind völlig auf eigene Rechnung führt. Die Militärkapelle gibt Saisonkarten aus und zieht die Tageseinnahmen ein. Während der Zeit der Regimentsübungen und des Manövers engagiert das Musikkorps des 36. Infanterie Regiments zur Wahrnehmung des ihm gehörigen Musikbetriebes in Bad Wittekind eine Lehrlingskapelle und zahlt an diese für jedes Morgenkonzert 20 Mark, für jedes Nachmittags-Konzert 60 Mark. Ohne Aufsicht läßt die Kapelle des 36. Infanterie-Regiments ihren Geschäftsbetrieb in Bad Wittekind selbst während der Manöverzeit nicht; zur Besorgung der Kassengeschäfte bleiben auch während dieser Zeit ein oder zwei Mann von der Regimentskapelle in der Garnison zurück. So betrieben, soll das Unternehmen dem Musikkorps auch für die Zeit seiner Abwesenheit einen ganz hübschen Ueberschuß bringen. — Zu bemerken wäre noch, daß die Frühkonzerte in Bad Wittekind täglich morgens von ½7—⅛8 Uhr, also zu einer Zeit stattfinden, zu welcher in den Sommer-Monaten bekanntermaßen sehr häufig militärischer Dienst zu besorgen ist, oder sollte es einen solchen für die Kapelle des 36. Infanterie-Regiments niemals geben?

Den Schaden dieser ganz ungewöhnlichen geschäftlichen Tätigkeit genannter Militärkapelle tragen natürlich wieder die Zivilmusiker. Halle besitzt in seinem Stadttheater-Orchester eine sehr tüchtige Zivilkapelle. Die Kapelle ist jedoch nur entsprechend der Spielzeit des Stadttheaters, für die Winter-Monate zusammen. Eine Existenz auch für die Sommer-Monats zu finden, ist dieser Kapelle bisher nicht möglich gewesen. Die Möglichkeit, daß die Hallenser Zivilmusiker auch im Sommer ihr Brot an ihrem Wohnorte finden, wird erst eintreten, wenn es den Militärkapellen nicht mehr erlaubt sein wird, sich dem Betriebe des Musikgewerbes, noch dazu als selbständige Unternehmer, wie es die Kapelle des 36. Infanterie-Regiments tut, hinzugeben."

An einer anderen Stelle der Broschüre wird mitgeteilt, daß nach einer Statistik von 1902, die nicht einmal vollständig ist, 12 Militärkapellen in Halle durch das Spielen von 308 Konzerten und 72 Gelegenheits-Musiken 43 137 Mark verdient hätten.

Aus Naumburg berichtet die Broschüre: „Schnittbilletts! Den musikalischen Wortschatz um diesen Ausdruck bereichert zu haben, dieses Verdienst gebührt dem Herrn Stabstrompeter Bührig vom Artillerie-Regiment Nr. 55 (Naumburg). Bei seinen Abonnementskonzerten, welche um 8 Uhr abends anfangen, gibt es von 9½ Uhr an „Schnittbilletts". Ein „Ganzes" kostet 50 Pf., ein „Schnitt" 30 Pf. Unwillkürlich drängt sich uns hier ein Vergleich mit „Aschinger" auf. So wie man sich dort je nach Geschmack einen Schnitt Kulmbacher, Münchener oder Pilsener geben läßt, so bestellt man sich eben bei dem Herrn Stabstrompeter Bührig einen Schnitt Traviata, Carmen, Tannhäuser oder sonst eine bessere Sache für 30 Pf. — Im übrigen kann man die Vielseitigkeit der Konzert-Anzeigen bewundern. Da finden wir: Abonnements-Konzerte, Sommer-Abonnements-Konzerte, Winter-Abonnements-Konzerte, Abonnements Kaffee-Konzerte, Großes populäres Konzert, Großes Gesellschafts-Konzert, Großes Elite-Konzert, Großes Extra-Militär-Streich-Konzert, Großes humoristisch-karnevalistisches Konzert (in Kostüm). Höchst humoristisches Programm! (U. a.: Im Wachsfiguren-Kabinett; ein gedämpftes Trompeten-Ragout mit Posaunenbeilage; erste Probe der Lederer Badekapelle unter Leitung ihres Kapellmeisters Kullecke usw.) Schließlich stellt der Herr Stabstrompeter dem Verein „Teutonia" zu seinem Kränzchen auch noch das „Artillerie-Streichquartett" (fehlen nur noch die Kanonen!)"

Die Beschwerden der Zivilmusiker über diese Konkurrenz sind unter diesen Umständen begreiflich und berechtigt.

Ein Hallenser als Opfer eines Soldatenschinders.

In der Nummer unseres Blattes vom 13. Dezember vorigen Jahres berichteten wir eingehend über die Verurteilung des beim 107. Infanterieregiment in Leipzig dienenden Sergeanten Emil Bruno Michael aus Seifersdorf bei Erlau, der den aus Halle gebürtigen Soldaten Willi Groß, den Sohn unseres Verlegers Genossen August Groß, am 11. Juli v. J. beim Turnunterricht mit einer Flut von gröblichen Beleidigungen überschüttete und ihn u. a. so heftig vor die Brust stieß, daß Groß zurücktaumelte und mit dem Rücken auf die Sprungbrettkante fiel. Bald darauf stellte sich bei dem Gemißhandelten, der schon zweimal wegen Blinddarmentzündung im Lazarett hatte zubringen müssen, von neuem eine Blinddarmentzündung ein, in deren Verlauf er sich einer schwierigen Operation unterziehen mußte. Gegenwärtig befindet Groß sich noch immer im Lazarett. Nach seiner Heldentat hatte der schlagfertige Sergeant sein Opfer noch zu bestimmen versucht, nichts zur Meldung zu bringen. Das Kriegsgericht Leipzig hatte Michael sehr glimpflich behandelt und ihn nur mit sechs Wochen Mittelarrest bestraft. Gegen dieses milde Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil Michael nicht wegen Mißhandlung eines Untergebenen und nicht wegen Beleidigung mit einer Gefängnisstrafe belegt worden war. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil der Vorinstanz auf und erkannte gegen Michael anstatt nur auf Mittelarrest auf zehn Wochen Gefängnis. Bald nach seiner Verurteilung am 10. Dezember v. J. war Michael wegen versuchter Notzucht verhaftet worden, weil er ein gewaltsames Sittlichkeitsattentat gegen die Frau eines Kameraden versucht haben sollte. Wegen dieses Vorfalls wurde Michael inzwischen vom Kriegsgericht Leipzig, das ihn in geheimer Sitzung lediglich der tätlichen Beleidigung schuldig sprach, zu sechs Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt.

---

* **Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse.** Wie schon mitgeteilt, findet die Generalversammlung dieser Kasse, in welcher die Wahl der Arbeitnehmervertreter vorzunehmen ist, am Mittwoch, den 25. ds., statt. Um diese wichtige Angelegenheit sorgfältig vorzubereiten, findet morgen, Dienstag, abends 9 Uhr im Englischen Hof eine Vorbesprechung der Kassenmitglieder statt.

* **Ein Ofen eingestürzt** ist am Dienstag voriger Woche in dem der Stadt gehörigen Grundstück Schimmelstraße 3. Da in dem Zimmer auch Kinder sich befanden, ist es nur einem Zufall zu danken, daß nicht ein größeres Unglück eingetreten ist. Zu bemerken ist dabei, daß der Ofen erst Anfang Oktober ausgebessert wurde; wenn damals schon der schlechte Zustand desselben erkannt wurde, wäre es doch Pflicht gewesen, dies an zuständiger Stelle zu melden. Jedenfalls kann der Fall zur Warnung dienen. Da die Familie neben der ausgestandenen Angst auch noch Schaden an Wirtschaftsgegenständen hatte, wird die Stadt, die 6000 Mk. zu einem Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen übrig hatte, hoffentlich wenigstens diesen Schaden ersetzen.

* **Uebermäßiger Alkoholgenuß** hat gestern vormittag einem Arbeiter in der Lötschen Ziegelei den Tod gebracht. Es soll sich um eine unsinnige Wette handeln. Der betreffende Arbeiter stammt aus Pommern.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Der für die zweite Hälfte der Spielzeit angesetzte Schiller-Zyklus, welcher zehn Dramen bringt, beginnt mit der Dienstag stattfindenden Aufführung der Räuber. Abonnements zu bedeutend ermäßigten Preisen sind bis morgen Dienstag abend an der Theaterkasse zu haben. In der Räuber-Aufführung gastiert Herr Hugo Bauer als Karl Moor auf Engagement. Für diese Vorstellung werden Schülerkarten an der Abendkasse ausgegeben. Am Mittwoch geht neu einstudiert das Lustspiel Jugendfreunde von L. Fulda in Szene. — Die Kinder des Kapitän Grant werden am Sonntag nachmittag ebenfalls zu ermäßigten Preisen, wiederholt werden. Freitag Premiere von Der Familientag.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Der ungläubige Thomas gelangt Dienstag zum 5. Male zur Aufführung. Mittwoch geht als erste Vorstellung im Sudermann-Zyklus Die Ehre in Szene. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß der Abonnementspreis für sämtliche 7 Aufführungen, nämlich: Ehre, Schmetterlingsschlacht, Heimat, Glück im Winkel, Sodoms Ende, Johannisfeuer, Es lebe das Leben — der um ein Drittel billiger ist, wie der Tagespreis, nur bis Mittwoch, den 25. Januar, mittags 1 Uhr giltig ist. Für Freitag nachmittags 4 Uhr Extra-Vorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40, 20 Pf.: Ein toller Einfall.

Wörmlitz. Am Freitag verunglückte der Arbeiter Dümchen beim Ausputzen von Bäumen. Durch Herabfallen eines großen Astes wurde ihm ein Bein zerschmettert.

Salzmünde. (Eig. Ber.) Nach einem Tanzvergnügen auf dem Nachhausewege war der Schweizer Franz Schottenhand in der Nacht zum 30. Okt. v. J. mit mehreren anderen Schweizern in Streit geraten. Auf dem Gut des Amtsrats Zimmermann kam es erneut zum Streit, bei dem Schottenhand dem Schweizer Ulrich mit einem Messer einen Stich in die Stirn versetzte. Der Täter wurde am Sonnabend von der Strafkammer Halle zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt waren 8 Monate.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0006

Aus den Nachbarkreisen.

In Merseburg fand gestern nachmittag unter sehr starker Beteiligung die von der Preßkommission des Volksblattes einberufene Versammlung statt, geleitet vom Gen. K. Müller-Schkeuditz, den Kreisvertrauensmann für Merseburg-Querfurt. Die Debatte gestaltete sich mehrfach recht erregt. Namentlich bewiesen zahlreiche Zwischenrufe, daß recht viele der Anwesenden noch nicht die von jedem Arbeiter zu verlangende parlamentarische Ruhe sich angeeignet haben. Nachdem ein Schlußantrag angenommen worden war, wurde mit sehr großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, den Genossen Kath als Expedienten beizubehalten. Es wird sich jetzt zeigen, ob diejenigen, die sich bisher gern über Disziplinlosigkeit anderer Genossen beschwerten, selbst so viel Disziplin besitzen, daß sie sich dem Beschlusse fügen.

Zeitz. Feuerlöschwesen. Die Polizei-Verwaltung erläßt folgende Bekanntmachung, die wir auch unseren Lesern zur Beachtung bei vorkommenden Fällen empfehlen:

„Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß in hiesiger Stadt an folgenden Stellen Feuermeldestellen errichtet und Hydrantenwagen aufgestellt worden sind:

a) Feuermeldestellen:

Bismarckstraße Nr. 30.
Kaiser Wilhelmstraße Nr. 46.
Schützenstraße — Stadtgarten.
Favoritstraße Nr. 10.
Voigtsstraße Nr. 28.
Kramerstraße Nr. 8.
Wasserstadt Nr. 25. — Hotel „grüner Baum".
Weißenfelserstraße Nr. 3 f I.
Weißenfelserstraße Nr. 7.
Schädestraße — Eisengießerei.
Rothestraße Nr. 40.
Stephanstraße Nr. 9.
Domherrnstraße Nr. 5.
Badstubenvorstadt — Gasanstalt.
Rahnestraße Nr. 18. — Lutherhaus.

b) Plätze für Hydrantenwagen:

Badstubenvorstadt Nr. 12, auf den Grundstücken der Firma Scheube & Breme.
Schloßstraße Nr. 11, auf dem Grundstücke der Kleinkinder-Bewahranstalt.
Schädestraße, auf dem Holzplatze der Firma Otto Kneisel.
Bismarckstraße Nr. 32, auf dem Grundstücke des Herrn F. A. Bräutigam.

Wer Feuer zu melden hat, hat den der Brandstelle am nächsten belegenen Feuermelder zu benutzen. Dies bewirkt er in der Weise, daß er durch Drücken auf den rechtsseitig von dem roten Feuermelde-Kasten angebrachten elektrischen Klingel-Knopf sich bei dem Inhaber des Schlüssels zu diesem Feuermelder zur Herausgabe dieses Schlüssels meldet und sodann mit diesem Schlüssel das vorn in der Mitte befindliche Schloß halbrechts aufschließt. Hierdurch wird der Apparat in die Lage gebracht, nach der auf dem Rathause eingerichteten Zentrale die Feuermeldung weiter zu geben. Es empfiehlt sich, so lange an dem Feuermelde-Apparate zu warten, bis die Feuerwehr eintrifft, um diese unverzüglich nach der Brandstelle hinführen zu können. Sollte wider Erwarten einmal an der Feuermeldestelle der Schlüssel nicht zu erlangen sein, so mag sich der Feuermeldende an diejenigen Stellen wenden, an denen für diesen Feuermelder nach der Aufschrift des links vom roten Kasten ebenfalls befindlichen Schildes ein solcher Schlüssel zu haben ist. Wir bemerken hierbei, daß etwaige falsche Meldungen, sowie Beschädigungen und Verunreinigungen der Feuermelder und der elektrischen Klingeln strenge Bestrafung zur Folge haben würden."

Teuchern. Ein neuer Beitrag zu dem Kapitel: Vorsicht bei Mitteilungen ans Volksblatt geht uns zu. Es heißt darin: Zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, Ihnen eine Berichtigung zugehen zu lassen betreffs der Notiz unter Teuchern in Nr. 18 (Beilage). Wie es eingesandt ist, so ist es in der sozialdemokratischen Versammlung am 15. ds., wo 15—20 Mann zugegen waren, erzählt worden. Gestern abend (21. ds.) kommen zu mir Arbeiter, auch der, der es erzählt hatte, war mit, und sagten: „Der Mann hat auf Grube Paul nicht bloß 56 Pf. Lohn herausbekommen, sondern noch **17 Mark** dazu." Auf meine Frage, ja, wie kommst Du denn dazu, so etwas in der Versammlung zu erzählen, sagten sie: Ja, wir haben nicht gewußt, daß der Mann noch im Kesselhaus gearbeitet hat; wo wir unser Geld bekommen, hat er nicht mehr herausbekommen, aber er hat für Arbeiten im Kesselhaus noch 17 Mark dazu bekommen." Ich bitte nun, dies zu berichtigen, hätte er gleich das erzählt von den 17 M., so hätte ich nichts geschrieben, aber da der Mann bloß 11 Pf. Lohn herausbekommen haben sollte, so hielt ich es für nötig, dieses der Oeffentlichkeit mitzuteilen, zumal es in Versammlungen unter Zeugen gesagt war. Ich bin düpiert worden und bitte um Entschuldigung.

Eilenburg. (Eig. Ber.) Auch die hiesigen Stadtverordneten bewilligten eine Summe von 155 M. zu dem Hochzeitsgeschenk des Kronprinzen und die Sozialdemokraten von Eilenburg, die bekanntlich einen großen Teil der hiesigen Steuerzahler ausmachen, sind auf diese Art gezwungen, ihr Scherflein dazu beizutragen.

Landsberg. (Eig. Ber.) Die wichtige Frage, ob der Bürgermeister Kunze von hier gelegentlich einer Stadtverordnetensitzung über Aeußerungen des Stadtverordneten Janke höhnisch gelacht habe, beschäftigte am Sonnabend noch einmal die Hallesche Strafkammer. Im Monat Mai v. J. wurden der Buchdruckereibesitzer Hermann Pezely, Redakteur des Nachrichtenblattes, wegen Beleidigung des Bürgermeisters Kunze zu 150 Mk. und Schneidermeister Max Janke zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt. Janke hatte in einer Stadtverordnetensitzung das Vorgehen des Magistrats kritisiert, infolgedessen der Bürgermeister gelacht hatte. Es erschien darauf im Nachrichtenblatt ein Eingesandt über das Lachen des Bürgermeisters, das mit dem bekannten Sprichwort schloß: „An vielem Lachen erkennt man &c." Hierin hatte das Landgericht Halle eine Beleidigung erblickt. Die beiden Verurteilten legten bei dem Reichsgericht Revision ein und erzielten damit, daß die Sache an die Vorinstanz Halle zurückverwiesen wurde. Das höchste Gericht hatte es für unzulässig erachtet, daß ein Beweisantrag darüber, ob der Bürgermeister höhnisch gelacht habe, abgelehnt worden war.

Am Sonnabend trat nun bald das ganze Stadtverordnetenkollegium im Gerichtssaal auf. Die Mitglieder der einen Partei sagten, der Bürgermeister habe höhnisch gelacht, so daß sie Aergernis daran nehmen konnten, und die andere Gruppe sagte, der Bürgermeister habe nicht verächtlich gelacht. Der Beigeordnete Schmieder vom Stadtverordnetenkollegium war sogar der Ansicht, der Magistrat habe es gar nicht nötig, auf Fragen der Stadtverordneten zu antworten. Der Staatsanwalt war der Ansicht, der Bürgermeister habe nur von seinem allgemeinen Menschenrecht Gebrauch gemacht, wenn er einmal gelacht habe; das macht jeder andere Mensch auch. Janke sei ein Stadtverordneter, wie es so mehrere gibt. Die Beleidigungen seien schwer, und es seien wieder die Strafen von 150 und 80 Mk. zu beantragen. Der Angeklagte Janke wendet sich gegen die Worte des Staatsanwalts und sagt, er als Stadtverordneter habe die Majestät des Gesetzes geachtet, der Magistrat aber nicht. Im Stadtverordnetenkollegium werde keine Politik getrieben, aber es könne ihm jetzt leid tun, noch im Dienste der Stadt tätig zu sein. Das Gericht erkannte wieder auf die in voriger Verhandlung verhängten Strafen und nahm nicht als erwiesen an, daß der Bürgermeister den Janke höhnisch ausgelacht habe.

Gollme (Kreis Delitzsch). (Eig. Ber.) Zwei Paar Pferde zu unrecht verkauft hat der frühere Bau-Unternehmer Franz Richter von hier, jetzt in Stötteritz-Leipzig, der deshalb am Sonnabend vor der Strafkammer Halle angeklagt war. Die Pferde waren ihm im Januar und Februar 1904 zur Benutzung überlassen, als er aber in Geldverlegenheit kam, verkaufte er sie für 1100 Mk. an den Fabrikbesitzer Rohrschneider in Delitzsch. Später sind die Tiere von der Firma Hensel u. Müller-Halle mit Beschlag belegt worden. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Parteinachrichten.

— **Bei einer Ergänzungswahl für das Gemeindekollegium in Fürth** stellten Freisinnige, Liberale und Demokraten gemeinschaftlich einen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten auf. Trotzdem aber siegte der Sozialdemokrat mit 310 Stimmen, während die Bürgerlichen nur 158 Stimmen erhielten. Bei der Hauptwahl im November 1902 gingen Sozialdemokraten und Demokraten noch zusammen und brachten es in diesem Bezirk auf 237 Stimmen. Die Liberalen erhielten damals 200 Stimmen. Von 42 Mitgliedern des Gemeindekollegiums sind jetzt 14 Sozialdemokraten.

— **Vom Internationalen Sozialistischen Bureau.** Zu unserm Bericht über die letzte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist nachzutragen, daß der Genosse Serwy, bisheriger Sekretär des Internationalen Bureaus, sein Amt niedergelegt hat. Das Bureau votierte ihm für seine Tätigkeit den lebhaftesten Dank und beauftragte die belgische Arbeiterpartei, einen Nachfolger zu ernennen.

— **Das englische Arbeiter-Vertreter-Komitee** hat für den 26., 27. und 28. Januar eine Konferenz nach Liverpool einberufen. Auf der Tagesordnung stehen verschiedene Fragen der Taktik und vor allem die Frage der Zusammensetzung des Komitees. Dem Komitee sind außer ca. 1 Million Gewerkvereinler auch die zwei sozialistischen Organisationen, die Unabhängige Arbeiterpartei und die Gesellschaft der Fabier angeschlossen, während die sozialdemokratische Föderation (Hyndman) dem Komitee nicht mehr angehört.

Gesundheitspflege.

— **Influenza.** Trübe, nasse Wintertage führen sie mit sich, und kaum einen Menschen gibt es, der sie noch nie selbst kennen lernte. Sie beginnt mit Kopf- und Gliederschmerzen, Fieber-Erscheinungen, zuweilen auch mit Erbrechen. Meist sind auch Entzündungen der Luftwege, besonders des Kehlkopfes, der Luftröhre und Schnupfen vorhanden. Aber auch mit gastrischen Beschwerden, Diarrhöe, Leibschmerzen, Magenkatarrh und zuweilen sogar mit rheumatischen Symptomen, wie schmerzhafter Schwellung und Rötung der Gelenke verbunden tritt die Influenza auf. Bei Vernachlässigung des Anfalls können recht bedenkliche Nach-Krankheiten entstehen. So besteht bei Magenschwachen die Gefahr zu ernsten Magenstörungen, bei Leuten mit geschwächten Nieren treten nicht selten Nieren-Entzündungen auf. Auch Rippenfell- und Mittelohr-Entzündungen kommen im Gefolge der Influenza vor.

Richtig behandelt, ist diese Krankheit nicht gefährlich. Die Behandlung setze ein mit Bettruhe unter reichlicher Zufuhr frischer, reiner Luft und Schweiß-Erzeugung durch milde Bett-Dampfbäder oder Prießnitz-Packungen, elektrische Licht-Bäder. Den Katarrh behandle man durch Nasenspülungen und Gurgelungen; die gastrischen Beschwerden durch strenge, milde Diät, wie sie bei allen fieberhaften Krankheiten geboten ist, also Reis, Haferschleim mit Kompott von Aepfeln, Pflaumen, Heidelbeeren, Zitronenwasser. Man halte von sich fern alle Fiebermittel: Chinin, Phenacetin usw. Besonders in der Rekonvaleszenz sei man in der Diät vorsichtig und hüte sich vor körperlichen und seelischen Strapazen.

— **Das Sitzbad** ist eine Badeform, die noch viel zu wenig bekannt ist, welche jedoch nach ihrer fast universellen Wirkungsweise und Einfachheit der Anwendung die weiteste Verbreitung verdient. Ganz abgesehen von der mit dem Sitzbad leicht ermöglichten Hautpflege, die dasselbe bald zum Bedürfnis macht, läßt sich durch das Sitzbad auf einfache Weise Besserung akuter und chronischer Krankheitszustände erreichen. — Nur der Unterkörper befindet sich im Wasser, während Oberkörper und Beine gut bedeckt werden, um Erkältung zu verhüten. Die Wärme des Wassers wählt man zwischen 18 und 35 Grad Celsius, je nach der Wirkung, die man erreichen will. — Erste Regel ist, daß kühle (15—18 Grad) Sitzbäder um so kürzer dauern müssen, und dabei der Leib um so kräftiger mit dem Wasser bespült und frottiert werden soll, je kälter das Wasser ist; auch sollten sie flacher, d. h. mit weniger Wasser genommen werden als warme Sitzbäder, so daß eigentlich nur die Gesäßpartie und der unterste Teil des Rumpfes vom Wasser bedeckt ist.

Zweite Hauptregel ist, daß kalte Sitzbäder nur im warmen Zimmer bei nicht fröstelndem Körper genommen werden dürfen und auf das Bad sofort eine gute wohlige Erwärmung des ganzen Körpers folgen soll, sei es durch Gymnastik oder Spazierengehen, oder noch besser durch Bettruhe.

Die Wirkung des Sitzbades ist eine frappante. Es löst einen gewaltigen kräftigen Zustrom des Blutes nach dem Unterkörper aus und entlastet somit Kopf, Hals und Brust vom übermäßigen Blutdruck; es wirkt also gut bei Kopfschmerzen, Hals-Entzündungen usw. Diese ableitende Wirkung ist jedoch nicht die einzige. Das den großen Gefäßen des Unterkörpers zuströmende Blut beseitigt Stauungen in denselben. Die hervorgerufene lebhafte Zirkulation regt die Tätigkeit der Verdauungs-Organe, sowie der Leber und der Nieren sehr wohltätig an.

Bei der sitzenden, stubenhockerischen Lebensweise liegt gerade die Tätigkeit dieser für die Blutbildung und Ausscheidung so wichtigen Organe darnieder. Die Anregung derselben mit lebhafter Durchblutung führt zu besserer Blutbildung und ist für die Beseitigung der chronischen Verstopfung sehr heilsam. Auch zu erfrischender und stärkender Nachtruhe tragen abendlich genommene Sitzbäder vorteilhaft bei.

Versammlungsberichte.

Gewerkschaftskartell Merseburg.

In der ersten diesjährigen Sitzung am 13. Jan. wurden vom Vorsitzenden die neugewählten Delegierten verlesen. Mehrere Gewerkschaften hatten noch keine Neuwahlen vorgenommen und wurden noch von den alten Delegierten vertreten. Anwesend waren 14 Delegierte: Bau- und Erdarbeiter 2, Holzarbeiter 1, Lederarbeiter 2, Maurer 1 (einer fehlte wegen Krankheit), Metallarbeiter 3, Maler (fehlt unentschuldigt), Handels- und Transportarbeiter 1 (einer fehlt unentschuldigt), Tabakarbeiter 2, Schmiede 1, Schneider (fehlten unentschuldigt), Zimmerer 1.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden setzte sich das Kartell im vergangenen Jahre aus 11 Gewerkschaften zusammen. Es fanden 14 Sitzungen, darunter zwei außerordentliche Sitzungen statt; jede Sitzung war durchschnittlich von 12 Delegierten besucht. — Als erster Vorsitzender wurde Gen. Schmidt, Tabakarbeiter, wiedergewählt; zweiter Vorsitzender Genosse Müller, Metallarbeiter; Kassierer Genosse Brandin, Schmied; Schriftführer Gen. Hoffmann, Zimmerer, und als Revisoren die Genossen Patschke und Söllner.

In der Sache Trautmann wurde ein Schiedsgericht beschlossen, wozu jede Gewerkschaft einen Schiedsmann zu wählen hat, und welches am 5. Februar, früh 9 Uhr, in der Funkenburg tagt. Zur Aufklärung hatten mehrere Redner gesprochen, und es entspann sich hierüber eine lebhafte Debatte. Nach Erledigung der Eingänge und Kartellangelegenheiten wurde beschlossen, eine Schillerfeier abzuhalten, und hierzu eine Kommission von fünf Genossen gewählt, welche zur Veranstaltung der Feier die nötigen Schritte zu unternehmen hat.

(Eing. am 17. ds.) **F. H.**

Aus dem Reiche.

Berlin. Der Prozeß des Masseurs Köhler. Der am Mittwoch vor dem Schwurgericht in Berlin verhandelte Prozeß gegen den Masseur Martin Köhler und fünf Mitangeklagte konnte noch am Mittwoch in später Abendstunde zu Ende geführt werden, da die Beweisaufnahme schneller geschlossen wurde, als man anfänglich vermuten konnte. Der Hauptangeklagte, der Masseur Martin Köhler, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, zu zehn Jahren Ehrverlust und zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Köhler war geständig, bestritt jedoch, die Dienste, die er den mitangeklagten Mädchen gewährt hatte, gegen Entgelt geleistet zu haben. Er behauptete, daß er aus reinem Mitleid gehandelt habe. Die drei angeklagten Mädchen gaben ihre Schuld zu, dagegen bestritten die beiden angeklagten jungen Männer, Beihilfe geleistet zu haben. — Die Geschworenen verneinten bei Köhler die Schuld an dem Tode der Renatus, erklärten ihn jedoch des Verbrechens gegen keimendes Leben und der Leichenbeseitigung schuldig. Ebenso wurden bei den Mitangeklagten die Schuldfragen bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Köhler sechs Jahre Zuchthaus und sechs Wochen Haft, außerdem zehn Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagte Simons sechs Monate Gefängnis, gegen die Trobe zwei Monate, gegen die Höpfner sieben Monate und Ludwig und Rosen je sechs Wochen Gefängnis.

Greiz. Im Frankenwald und im Saalegebiet erfolgten in der Freitag-Nacht mehrere Erdstöße mit Gewittererscheinungen. Die Temperatur ist stellenweise auf — 29 Grad Réaumur gesunken. Am Rennsteig fiel in den letzten Tagen so hoher Schnee, daß in Steinheid und Neustadt mehrere Häuser ausgeschaufelt werden mußten.

Vermischtes.

* **Auch ein Poker-Freund.** Aus Wien wird gemeldet: Die enormen Spielverluste eines Botschaftssekretärs der hiesigen russischen Mission, Baron de S. im Jokeyklub, die die Höhe von fast zwei Millionen Kronen erreichen, bilden in diplomatischen und aristokratischen Kreisen das Tagesgespräch. Der junge Diplomat spielte Baccarat und Poker mit einer unerhörten Pechserie, er verlor allabendlich 100 000 Kronen, und das mehr als zwei Wochen lang.

* **Erderschütterungen** suchen die griechische Provinz Thessalien heim. Eine Ortschaft wurde vollständig zerstört, wobei mehrere Personen getötet und zahlreiche verwundet wurden. Die in den letzten Tagen niedergegangenen heftigen Regengüsse haben in verschiedenen Teilen des Landes, namentlich in Sparta, großen Schaden verursacht. In anderen Teilen Griechenlands ist der Verkehr unterbrochen.

* **Eine Explosion** fand in der Poldihütte bei Kladno (Böhmen) statt, wobei ein Arbeiter getötet, zwei schwer und elf leicht verletzt wurden.

Literatur.

Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber Dr. A. Südekum. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen zweiten Nummer des fünften Jahrganges heben wir einen Artikel von Leo Berger über Desinfektion hervor. F. Kuhnert bespricht die neuen Belastungen in den Gemeinden. Neben einem reichen Nachrichtenteil, in welchen Armen und Waisenpflege, Wohnungswesen u. s. w. besprochen werden, enthält die Kommunale Praxis einen juristischen Sprechsaal, in dem alle Fragen, die das Gemeindeleben betreffen, beantwortet werden. Die Kommunale Praxis erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 2 Mark. Probenummern versendet franko und gratis der Verlag Berlin W. 15.

Dr. Leo Arons: **Die preußische Volksschule und die Sozialdemokratie.** Mit einer Einleitung „Schulfrage und Klassenkampf" von Dr. Max Quarck. Berlin 1905. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. G. m. b. H. 40 Seiten Oktav. Preis: Agitationsausgabe 20 Pfg.

Die Sozialdemokratie hat ihren offiziellen Eintritt in die preußische Landespolitik mit der wuchtigen Entschiedenheit vollzogen, die aus gesammelter Kraft und einer die Fesseln der Bedenklichkeit sprengenden Empörung erwächst. Die brennenden Fragen der Tagespolitik, die auf dem preußischen Parteitag verhandelt wurden, sind gleichzeitig tiefeingreifende Angelegenheiten des sozialen und politischen Lebens, die mit den Grundsätzen und den letzten Zielen der Sozialdemokratie in engstem Zusammenhang stehen. Den Anlaß zur Einberufung des Preußentages hatte vornehmlich der konserv.-nationalliberale Schulkompromiß geboten, der die ganze Schulfrage in ihrer unermeßlichen politischen und kulturellen Tragweite wieder einmal aufgerollt hat. Der Referent, der sie zum ersten Male auf einem deutschen Parteitag – wenn wir von der Bremer Frauenkonferenz absehen, wo die Schulfrage in ihrer allgemeinen Bedeutung ja bekanntlich von der Genossin Zetkin aufgerollt wurde — als eine Kernfrage sozialdemokratischer Politik behandelt hat, ist der Verfasser der vorliegenden Schrift. Sie bietet interessante Materialien; eine kurze geschichtliche Uebersicht über die Entwickelung der preußischen Volksschulen und ihres „Rechts", die reaktionären Bestrebungen der Regierung und der klerikalen Parteien nach Verewigung und Verschlimmerung des preußischen Schulelends, die klägliche und unsichere Haltung der liberalen Parteien bis zu der neuesten Leistung des nationalliberalen Kompromisses zu gunsten der Konfessionsschule. Den Schluß bildet die kurzgefaßte Darstellung der Aufgaben der Sozialdemokratie in der Schulfrage mit einem Hinweis auf die Pflicht, der Indifferenz in kirchlichen Dingen zu entsagen und, außerhalb oder innerhalb der kirchlichen Organisation, den hierarchischen Machtgelüsten entgegenzutreten.

Die Einleitung „Schulfrage und Klassenkampf" von Genossen Dr. Quarck legt in klarer, auf reiches Material sich stützender Darstellung den sozialen Zusammenhang zwischen Volksausbeutung und Volksverdummung dar und betont kraftvoll die ehrenvolle Kulturaufgabe der Sozialdemokratie, diesen schmachvollen Verhältnissen ein Ende zu bereiten.

An unsere Kinderschutzpolitik reihe sich jetzt unsere mit demselben Eifer betriebene Schulpolitik, und unser Lohn wird da so wenig ausbleiben, wie dort!

Für die bevorstehenden schweren Kämpfe für eine menschheitswürdige Volksschule bietet die Schrift mithin treffliches Rüstzeug.

Vor ungefähr zwei Jahren ist im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart der erste Band der **Geschichte der deutschen Zimmerer-Bewegung** von August Bringmann erschienen. Nunmehr liegt auch der damals in Aussicht gestellte zweite Band vor. Der Verfasser hat nicht nur seiner eigenen Gewerkschaft, sondern den deutschen Gewerkschaften überhaupt einen großen Dienst mit der Abfassung dieser umfangreichen und fleißigen Arbeit geleistet. **Aus dem Inhalte des zweiten Bandes heben wir nachstehendes hervor:**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0007

Der Allgemeine deutsche Zimmererverein (1868 bis 1870). — **Die Lohnbewegungen der Zimmerer zur Zeit des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbandes** (1871 bis 1872). — **Der deutsche Zimmererbund** (1873 bis 1874). — **Die ersten Versuche der Staatsgewalt, die deutsche Zimmerer-Bewegung zu unterdrücken.** — **Die internationale Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer** (1869 bis 1875). — **Der deutsche Zimmererverein** (1875 bis 1876). — Deutsches Zimmerergewerk (1876 bis 1878). — **Die Arbeitgeberorganisation** im Baugewerbe (1868 bis 1881). — Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Außerdem machen wir auf die sehr interessante, zum Teil **polemische Vorrede des Verfassers** aufmerksam und **auf die reichhaltigen Anlagen, die vorzugsweise in Aktenstücken aus der Zimmererbewegung bestehen.**

Vom Königsberger Hochverratsprozeß sind Heft 5 bis 7 soeben erschienen. Das ganze Werk wird 11 Lieferungen à 20 Pf. umfassen. Der Herausgeber hat an der Hand der **Akten den Prozeß dargestellt** und dadurch die Rechtsunsicherheit **nachgewiesen,** die sich durch das geheime Vorverfahren entwickelt **hat.** Die Buchausgabe enthält nicht nur die Verhandlungs**berichte,** sondern auch das gesamte, im Prozeß vorgebrachte **Material an russischen** revolutionären Flugschriften.

Im Banne der Versuchung ist der Titel des **neuen** Romans, mit dem soeben der neue Jahrgang der in **Arbeiterkreisen** beliebten illustrierten Roman-Bibliothek **In Freien Stunden** beginnt. Der Verfasser, der französische Schriftsteller Hektor Malot, hat den Stoff zu seinem Roman aus dem wirklichen Leben genommen. In packender **Darstellung** zwingt er den Leser zu gespanntester Anteilnahme **an** dem Schicksal der Heldin des Romans, die, eine arme **Lehrerin,** „im Banne der Versuchung" mühsam um ihr Dasein kämpfen muß gegen Gemeinheit und religiösen Fanatismus. Die Illustrationen sind auch bei diesem Roman von dem Münchener Maler J. Damberger. Neben diesem Hauptroman gelangen zum Abdruck: Die Mörderin, eine Geschichte vom Gardasee, in der ein junger Maler seine interessanten Erlebnisse auf einer italienischen Reise schildert, und Der Pedlar von O. Ruppius, der in lebhafter Form, **in** spannender Handlung voll lebhafter Konflikte, Leben und **Kämpfe** auf Amerikas Boden schildert.

Der Verlag bittet die Parteigenossen, in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen neue Leser zu werben und dadurch ihr **Teil** beizutragen zur Verdrängung der Geist und Gemüt tötenden Schundliteratur.

Wider die Pfaffenherrschaft, Kulturbild aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus **der** Zeit. Heft 39 und 40 sind soeben erschienen. In dem **letzteren** beginnt die interessante Darstellung der Hexenprozesse, jenes fürchterlichen Kapitels menschlichen Wahnes **und** religiöser Verfolgungssucht. In jeder Woche erscheint ein **Heft des** Werkes, das 50 Lieferungen à 20 Pf. umfaßt und **von der** Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, bezogen werden **kann.**

Die von dem bekannten Komponisten Bogumil Zepler **im Verlag** von Ullstein u. Ko., Berlin, herausgegebene Notenbibliothek **Musik für Alle** beginnt soeben ihr 2. Quartal. — **Monatlich** erscheint ein Heft zum Preise von 50 Pf. Die neue **Nummer beginnt mit einem** graziösen, altfranzösischen Menuett **und zwei** satirisch-burlesken Liedern aus dem Repertoire der **bekanntesten lebenden** Chansonniers, **des** Sven Scholander und **Yvette Guilbert.** Im Gegensatz zu diesen stark pointierten **Chansons steht die reife Kunst** Mendelssohn-Bartholdys, dessen **musikalische Eigenart durch** eine grotesk-romantische Szene aus **einem Werke,** der „Walpurgisnacht", treffend charakterisiert wird. **Eugen** d'Albert, der rühmlichst bekannte Klaviervirtuose, erweist **sich durch** eine Gavotte aus seiner Oper „Abreise" als Musiker **von feiner,** intimer **Melodik.** Ein ernst-wehmütiges Gedicht **Hamerlings,** „Viel Träume", hat **A.** von **Fielitz** zu einem **stimmungsvollen Lied vertont.** In die Glanzzeiten des lebensfrohen Alt-Wien führt **die fesche** Annen-Polka des Walzerkönigs **Johann** Strauß; die Neu-Wiener Musik ist durch das lustige **Kouplet „Joupla Katharina" aus** der mit so großem Beifall aufgenommenen Felixschen Operette „Madame Sherry" vertreten.

Anarchismus und Sozialismus von G. Plechanow, eine allgemeinverständliche Widerlegung der anarchistischen **Theorie** und Praxis. Plechanow, von dem der Staatsanwalt im Königsberger Prozeß behauptet hat, er sei Terrorist, bringt den Nachweis von der Undurchführbarkeit anarchistischer **Theorien, wie sie von** Stirner bis Bakunin und bis auf ihre **Epigonen Mackay und Krapotkin** gelehrt sind. Der Verfasser bringt ferner den Nachweis, daß die von den Anarchisten propagierte Praxis der Putsche jede vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung schädigen muß. Der Preis für die Broschüre ist 40 Pfennig.

Das Arbeiterrecht von Artur Stadthagen. Komplett in 28 Lieferungen à 32 Seiten. Preis pro Lieferung 20 Pf. **Alle** Wochen erscheint ein Heft. Heft 14, 15, 16, 17 sind soeben erschienen.

Die **Rechts**verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erfahren durch die Gesetzgebung fortwährend eine erhebliche Umgestaltung. Eine systematische Darstellung der giltigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei **der** Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist. Das Arbeiterrecht von Artur Stadthagen bietet eine solche, **von** allen Fachleuten anerkannte überaus klare, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen des jetzt in vierter Auflage vorliegenden Arbeiterrechts zeugen von der Notwendigkeit dieses Buches für die erwerbstätige Bevölkerung.

Soziales.

— **An Einkommen** wurden in Preußen 1904 insgesamt 9122 Millionen Mark veranlagt und darauf rund $191\frac{1}{4}$ Mill. Mark Einkommensteuer bezahlt. Zur Steuer wurden 4 133 539 Personen herangezogen. Von den $35\frac{2}{3}$ Millionen Einwohnern Preußens mußten $20\frac{1}{2}$ Million steuerfrei bleiben, weil sie noch nicht 900 Mk. Einkommen im Jahre hatten. Von den $4\frac{1}{7}$ Million Steuerpflichtigen hatten rund $3\frac{2}{3}$ Million ein Einkommen von 900 bis 3000 Mk., 314 000 ein solches von 3000 bis 6000 Mk., rund 83 000 ein solches von 6000 bis 9500 Mark, rund 60 000 ein solches von 9500 bis 30 500 Mk., rund 14 000 ein solches von 30 500 bis 100 000 Mk. und 2196 Personen verfügten über mehr als hunderttausend Mark Reineinkommen pro Jahr.

Im Durchschnitt hat jeder Zensit (zur Steuer Veranlagte) 2208 Mk. Einkommen. Würde eine gleiche Verteilung des Einkommens vorgenommen, so kämen also die Arbeiter nicht schlecht weg.

— **Eine städtische Großschlächterei** wird in Wien und zwar in Form einer Aktiengesellschaft errichtet. Die Gründer der Großschlächterei sind die Gemeinde Wien, die Domänenverwaltung des Erzherzogs Joseph, die Aktiengesellschaft für chemische Industrie und die Länderbank. Die Aktiengesellschaft wird zunächst mit einem Kapital von 5 Millionen Kronen ($4\frac{1}{4}$ Millionen Mark) ins Leben gerufen werden, das jedoch auf 20 Millionen erhöht werden kann. Die Stadt Wien selbst wird nach den bestehenden Absichten für eine Million Kronen Aktien zeichnen. Die Gesellschaft hat die Pflicht übernommen, alljährlich, längstens aber bis zum fünften Jahre, die Schlachtung von 50 000 Rindern durchzuführen.

Wie die Neue Freie Presse mitteilt, soll durch die Ersparnisse im Schlachtbetriebe, durch zweckmäßige Verwertung der Abfallprodukte sowie durch den Einkauf von Mästern selbst die Möglichkeit geschaffen werden, bei gleichbleibenden oder selbst steigenden Viehpreisen dem Konsum billigeres Fleisch zu liefern, als es namentlich den kleineren Fleischhauern bei der irrationellen Art des heutigen Gewerbebetriebes möglich war. Die Großschlächterei ist zur Errichtung von Detail-Fleischverkaufsstellen in den Bezirken verpflichtet.

— **Roheisen-Produktion der Welt.** Die Produktion von **Roheisen** wird für das Jahr 1904 ungefähr wie folgt geschätzt **Amerika, Vereinigte Staaten** 16 600 000 **Tonnen (zu 20 Ztr.) Deutschland** 10 150 000 **Tonnen, Großbritannien** 8 400 000 Tonnen, **Frankreich** 2 800 000 **Tonnen, Rußland** 2 300 000 **Tonnen,** Oestreich 1 600 000 Tonnen, **Belgien** 1 300 000 Tonnen, andere Länder 1 425 000 Tonnen. Zusammen 44 575 000 Tonnen. **In** Deutschland ist die Produktion ungefähr dieselbe **geblieben** wie in 1903. Nach Deutschland und Holland **wurden im vorigen** Jahre 163 402 Tonnen englisches Roheisen **verschifft gegen** 585 222 Tonnen in 1889 und 573 008 Tonnen in 1900, ein Beweis, wie Deutschland sich durch seine eigene Produktion von dem Bezuge ausländischen Eisens emanzipiert und auf eigene Füße gestellt hat.

Letzte Nachrichten.

Ein blutiger Sonntag in Petersburg.

Paris, 23. Januar. Die Korrespondenten sämtlicher Pariser Blätter melden übereinstimmend aus Petersburg, daß die jetzige Bewegung das Anzeichen einer **revolutionären Erhebung** ist. Die **Truppen** und die **Polizei** hätten ein **Blutbad angerichtet,** indem sie ohne jede Herausforderung auf friedliche Arbeiter schossen. Einige Korrespondenten wurden von Offizieren mit dem Tode bedroht.

Petersburg, 23. Januar. Ueber die gestrigen Straßenkämpfe werden folgende Einzelheiten bekannt: Bei Morgengrauen wurden sämtliche Straßen durch einen einfachen Militärkordon abgesperrt. Gegen ½12 Uhr zog eine gewaltige Arbeitermenge unter Führung des Priesters Grapon, der in der einen Hand das Kreuz, in der anderen eine Rolle, die Bittschrift für den Zaren, trug, durch die Straßen zum Winterpalais. Die Arbeiter wurden kurz aufgefordert, den Platz zu verlassen, als niemand gehorchte, erfolgte die erste blinde Salve, dann ertönten zwei scharfe. Ungefähr **50 Menschen waren sofort tot,** weit **über 100 verwundet.** Als einer der ersten wurde der Priester Grapon **verwundet** niedergestreckt. Aus den Reihen der Arbeiter, die darauf in wilder Panik flohen, fielen vereinzelte Revolverschüsse. So bald der Platz vor dem Winterpalais gesäubert war, zog die nach vielen Tausenden zählende Menge den Newsky-Prospekt entlang, wo sich die Schreckensszenen wiederholten. An der Polizeibrücke wurde abermals geschossen, wobei **1000 Personen getötet, 300 verwundet** worden sein sollen.

Paris, 23. Januar. Der Eclair meldet, zahlreiche Arbeiter in Petersburg seien von den Truppen beschossen werden, als sie versuchten, die Newa zu erreichen. Die Streikenden benutzten vorüberfahrende Schlitten und Wagen, um Barrikaden auf Wassilij Ostroff zu errichten. Wie verlautet, sind **21 Kinder,** die im Alexispark spielten, **durch Schüsse getötet** worden. Die Erregung gegen die Offiziere und namentlich den Krieg, macht sich auf dem Newsky Prospekt immer mehr bemerkbar. Zahlreiche Rufe gegen die Offiziere und den Krieg werden laut. Vielfach werden Polizeiagenten auf offener Straße angegriffen und verwundet. Ein junger Gardeoffizier wurde durch eine elegante Dame angegriffen und verwundet, ein anderer aus seinem Wagen herausgezogen und schwer mißhandelt.

Paris, 23. Januar. Wie aus Petersburg berichtet wird, hat eine Abteilung Ausständiger den Versuch gemacht, Zarskoe Sselo zu erreichen, wurde jedoch von den Truppen hieran gehindert. Es erfolgte ein blutiger Zusammenstoß, bei welchem **zahlreiche Arbeiter getötet und verwundet wurden.**

Petersburg, 23. Jan. Auf dem Platze vor dem Winterpalais war es nach dem Zurückströmen der Massen bis 6 Uhr abends, von einigen kleinen Ansammlungen abgesehen, ziemlich ruhig. Die **Zahl der Toten** anzugeben, ist schwer, doch dürfte sie gegen **2000** betragen. Die **Zahl der Verwundeten** wird auf etwa **4000** geschätzt. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Bei der Admiralität gab das Militär im Laufe des Tages **10 scharfe Salven** ab. Stellenweise antworteten die Arbeiter durch Werfen von Handgranaten und Bomben, die sie beim Abfangen vereinzelter Militärpersonen, welche halbtot geprügelt wurden, erlangten. Gegen abend hatte das Volk die Hauptstraßen ziemlich verlassen. In mehreren Stadtteilen wurden regelrechte **Barrikaden** aus Wagen und Schlitten errichtet. Auf den Plätzen und Straßen brennen Wachtfeuer und lagern Truppen. Man glaubt vielfach, daß die Arbeiter den Versuch, in die Stadt vorzudringen, wiederholen werden.

Paris, 23. Jan. Nach Meldung aus Petersburg blieben allein von der Putiloff-Fabrik 60 Arbeiter tot und verwundet auf dem Platze. Auf den Barrikaden hatten Frauen mit Petroleumbehältern, Männer mit alten Säbeln und Hämmern Aufstellung genommen. Bei der Putiloff-Fabrik wurde vom Dach aus auf die Manifestanten, die sich zu Boden warfen, geschossen.

Petersburg, 23. Jan. **Die Truppen fahren fort, auf die Ausständigen zu schießen.** Ein amtlicher Bericht über die Zahl der Opfer des gestrigen Tages wird erst im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden.

Petersburg, 23. Januar. Ein Gerücht bestätigt, daß zu heute der **Generalstreik in Moskau** erwartet wird. Den **Oberbefehl** über die Truppen führte **Großfürst Wladimir.** Die erteilte Parole, **niemand zu schonen** und **jede Zusammenrottung zusammenzuschießen,** wurde streng befolgt. Es herrscht große Besorgnis, ob der Bahnverkehr wird aufrecht zu erhalten sein, da alle Werkstätten streiken.

Petersberg, 23. Januar. **30 000—40 000 Arbeiter von Kolpino,** einer Stadt 25 Kilometer von Petersburg entfernt, **marschieren** augenblicklich **auf die Hauptstadt.**

London, 23. Januar. Die Times verzeichnen das Gerücht, der Zar werde mit seiner Familie wahrscheinlich nach Livadia abreisen, um dort die Ereignisse abzuwarten.

Briefkasten der Redaktion.

O. Schm. Das griechische Wort Chaos wird weder wie Schaos noch wie Kaos ausgesprochen, sondern das Ch muß etwa so ausgesprochen werden wie das ch in Bache, Lache usw. Ganz falsch wäre es, zu sprechen: Schaos; üblich, aber nicht ganz richtig ist die Aussprache Kaos.

W. Ku. 1. Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter (Fellahs aus Aegypten) beim Bau des Suezkanals sind seinerzeit wiederholt ungünstige Berichte nach Europa gelangt. Die **Richtigkeit derselben jetzt nachzuweisen, ist unmöglich.** 2. Da eine größere Katastrophe nicht vorgekommen ist, entfallen alle Todesfälle auf Krankheiten. Welchen Anteil außer Fieber, Dysenterie usw., Cholera und Pest daran gehabt haben, wissen wir nicht. 3. Die Einnahmen aus Zöllen fallen dem Reiche zu. Es kann sich nur um die Ueberweisungen des Reichs an Preußen aus den Zöllen handeln. Für 1904 waren an Preußen vom Ertrag aus den Zöllen und der Tabaksteuer rund 228 Millionen Mk. zu überweisen, aus der Verbrauchabgabe für Branntwein nebst Zuschlag 65 Millionen Mk., aus den Reichsstempelabgaben 45 dreiviertel Millionen Mk., so daß die Summe der Ueberweisungen an Preußen insgesamt 338 dreiviertel Millionen Mk. ausmachten.

E. 33. Leider ja, da die Polizei das Recht hat, die ihr für den Transport nötig erscheinenden Sicherheits-Maßregeln zu ergreifen. Sie hätten gegen die neue Strafe Berufung bezw. Revision einlegen sollen. Jetzt läßt sich gegen die Verurteilung nichts mehr machen.

F. E. in A. Der Grad Ihrer Erwerbsunfähigkeit wird dann aufs neue festgestellt und darnach die Rente festgesetzt werden. Ihr früheres Einkommen soll dabei in voller Höhe Berücksichtigung finden.

Mehrere Anfragen. Es ist bereits im Volksblatt mitgeteilt worden, daß die Entscheidung, der Schulbesuch erreiche mit Vollendung des 14. Lebensjahres sein Ende, für unsere Provinz keine Geltung hat und daß es eine irrige Auffassung der Berliner Gerichts-Berichterstatter gewesen ist, den Blättern zu melden, die Entscheidung habe für Preußen allgemeine Geltung.

Weißenfels. Leider ist uns über diese wichtige Schuhmacher-Versammlung, auf die im Volksblatte in mehreren Artikeln hingewiesen wurde, bis jetzt nicht eine Zeile zugegangen, so daß die bürgerliche Presse von ihren Beschlüssen eher Notiz nehmen konnte, wie das Arbeiterorgan.

Mansfeld. Der Vertreter hat, wenn es gefordert wird, natürlich genau in derselben Weise Kostenvorschuß zu leisten wie der eigentliche Gläubiger.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgstraße 38), 18. Januar.

Aufgeboten: Landwirt Naumann und Wilhelmine Wiedemann (Neußen und Burgstraße 62). Arbeiter Arndt und Friederike Messe (Harz 3 und Gabelsbergerstraße 11).

Eheschließungen: Gastwirt Wacker und Aleida Knöpker (Brandenburgerstraße 1).

Geboren: Buchdrucker Klinz T. (Hermannstraße 3).

Gestorben: Pfarrers Niewerth S., 5 Mon. (Am Kirchtor 20). Arbeiters Labes S., 1 Mon. (Körnerstraße 1). Maklers Selle Ehefrau, 68 J. (Scharrenstraße 3).

19. Januar.

Aufgeboten: Betriebsleiter Schraknepper und Anna Ballhause (Burgstraße 68 und Advokatenweg 25). Maschinist Taichow und Marie Winkler (Triftstraße 10 und Leipzigerstraße 53).

Eheschließungen: Fabrikbesitzer Keller und Elisabeth Gerlach (Meran und Laurentiusstraße 3).

Geboren: Hausvater Nader S. (Ludwig Wuchererstr. 11). Geschirrführer Walter T. (Weißenburgstr. 8). Rangierer Reich T. (Reilstraße 109).

Gestorben: Eisendrehers Weidig S., 6 J. (Geiststraße 55). Maurers Uebe S., 1 Woche (Trothaerstraße 37).

Halle (Süd, Steinweg 2), 20. Januar.

Aufgeboten: Former Bohwer und Martha Sprathof (Nikolaistraße 4). Tapezierer Rosche und Anna John (Forsterstraße 47 und Franckestraße 4). Mechaniker Zorn und Minna Thondorf (Königstr. 73). Fleischer Teichmüller und Ida Schönemann (Sangerhausen und Rotha). Sattler Voigt und Hedwig Schunke (Zeitz).

Geboren: Maler Pfützner T. (Zapfenstraße 22). Arbeiter Wiegandt T. (Bölbergasse 1). Schneidermeister Vollborth T. (Kansteinstr. 5). Arbeiter Wiegand S. (Schützenstr. 4). Handlungsgehilfen Schröder T. (Taubenstraße 5). Fleischermeister Köhler T. (Streiberstraße 39).

Gestorben: Arbeiters Daene S., 7 J. (Hagenstr. 7). Arbeiter Kunze, 62 J. (Klinik). Geschirrführer Burckhardt, 31 J. (Klinik). Witwe Lohmann, 82 J. (Kleine Märkerstraße 4). Rentners Voigt Ehefrau, 58 J. (Zinksgartenstraße 2/3). Anna Arzt, 53 J. (Jakobstraße 17). Arbeiters Kraft T., 1 J. (Schmiedstraße 31). Sekretär Müller, 54 J. (Torstraße 10).

Für die streikenden Bergarbeiter:

Karl Brandt 2.—, durch Paul Schmidt bei Walzenstein gesammelt 3.—, Trübe —.75, Kind-Merseburg 2.—, A. J. 2—, Tapeziererwerkstelle von Schaible 2.50, Glaser-Verband Halle 100.—, Merseburger Former in Ammendorf durch A. Schmidt 4.50, von Arbeitern der Mansfelder Gewerkschaft, 1. Rate 80.—, Fabrikarbeiter-Verband Halle 50.—, Steinsetzer-Verband Halle 50.—, Dachdecker-Verband 10. , durch Gerig erhalten: Von Arbeitern der Firma Jäger 4.50, von Höpfner 1.—, Fabrikarbeiter-Verband Ammendorf 30.—, Maurer-Verband Delitzsch 30.— Mark. M. Güldenberg.

An die Vorstände der Sozialdemokr. Vereine des Zeitz-Weißenfels-Naumburger Reichstagswahlkreises!

Parteigenossen! Am Sonntag, den 29. d. M., findet in **Halle** die

Gemeindevertreter-Konferenz

statt. Nach den Beschlüssen der letzten Konferenz der Vorstände sollen alle Gemeindevertreter, die politisch organisiert sind, daran teilnehmen. Die Vorstände haben also diese Genossen zum Besuche der Konferenz zu veranlassen. Die Kosten trägt die Hauptkasse. Ferner sollen diejenigen Orte, die keine Gemeindevertreter haben, sich sonst aber an den Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen beteiligt haben, einen Delegierten wählen. Alle Gewählten haben von ihrem Wohnort so zeitig fortzumachen, daß sie spätestens um ½10 Uhr in Halle im Weißen Roß, Geiststraße 5, anwesend sind. Alle Gewählten, die auf der Strecke Zeitz-Weißenfels fahren müssen, benutzen den Zug, der früh in Zeitz 7 Uhr 8 Min. abgeht. Aus Weißenfels fahren wir 8 Uhr 18 Min. weiter. Es ist gleich Billett dritter Klasse für Hin- und Rückfahrt zu lösen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Zentralvorstand.

Zeitz, den 19. Januar 1905.

J. A.:
A. Leopoldt.

An die Parteigenossen im Regierungs-Bezirk Merseburg.

In Ausführung eines früher gefaßten Beschlusses hat die unterzeichnete Kommission einen Posten Formulare zum Austritt aus der Landeskirche anfertigen lassen. Dieselben sind unentgeltlich zu beziehen von der Volksbuchhandlung Halle a. S.

Die Zentral-Agitations-Kommission
des Reg.-Bez. Merseburg.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050124-15/fragment/page=0008